

REPORT DER DEUTSCHEN VEREINIGUNG
FÜR POLITISCHE BILDUNG

POLIS

4 | 2015

Schwerpunkt

DVPB – 50 Jahre
im Interesse
Politischer Bildung

Zeitung

Aufruf des Bundesausschuss Politische Bildung
zur Integration von Flüchtlingen

Fachbeiträge

Wolfgang Sander

Fünzig Jahre Deutsche Vereinigung für Politische Bildung

Hans-Joachim von Olberg

Die Gründung der „Vereinigung für staatsbürgerliche Bildung und
Erziehung“ vor dem 1. Weltkrieg

Helmut A. Bieber

Die DVPB als Mindmap

Forum

Herausforderungen der Politischen Bildung – Aufgaben der
DVPB

BDA stoppt kritische Publikation der bpb

Didaktische Werkstatt

Jan Eike Thorweger

Lobbyismus am Fallbeispiel „Ökonomie und Gesellschaft“

DVPB aktuell

Impuls

Herbsttagung der DVPB: Welt im Wandel –
Politische Bildung im Kontext von Migration

7,40 € (D)/7,61 € (A)/11,40 CHF



**WOCHEN
SCHAU
VERLAG**

AUSSCHREIBUNG

Die Gesellschaft für Politikdidaktik und politische Jugend- und
Erwachsenenbildung (GPJE) lobt aus:

Ursula-Buch-Preis 2016

**Der Preis wird ausgelobt für herausragende
politikdidaktische Dissertationen und Forschungsarbeiten von promovierten
Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern.**

Die Bewerbungen richten Sie bitte **bis zum 20. Februar 2016**
an den Sprecher der GPJE.

Die Bewerbung umfasst folgende Unterlagen: Lebenslauf über den
wissenschaftlichen Werdegang, Publikationsverzeichnis, Publikation der
Dissertation/des Forschungsprojektes (4x), Kopie der Promotionsurkunde
(fordert bei Fremdvorschlägen die Jury-Kommission des Ursula-Buch-
Preises an). Selbstbewerbungen sind möglich.

Weitere Informationen zum **Ursula-Buch-Preis** sowie dessen Satzung finden
Sie auf der Homepage **www.gpje.de**.

Bewerbungen bitte an den



Sprecher der GPJE
Prof. Dr. Thomas Goll
Professur für Sozialwissenschaften und ihre Fachdidaktik
TU Dortmund
Fakultät Erziehungswissenschaft, Psychologie und Soziologie
IDIF – Institut für Didaktik integrativer Fächer
August-Schmidt-Str.6
44221 Dortmund

Gestiftet von



Editorial

Seit 50 Jahren engagiert sich die Deutsche Vereinigung für Politische Bildung im Interesse Politischer Bildung. Auf der DVPB-Herbsttagung in Berlin war das ein Grund zum Feiern. Die POLIS dokumentiert die Festrede, mit der Wolfgang Sander unsere Verbandsgeschichtsschreibung eröffnet. Sander beschreibt historische Leistungen der DVPB und umreißt zugleich inhaltliche Handlungsfelder der künftigen Verbandsarbeit.

Die praktische Arbeit der DVPB als Interessenvertretung der Politischen Bildung erläutert Helmut A. Bieber anhand einer Mindmap. Diese Übersicht kann als Jubiläumsbeilage aus der Heftmitte herausgelöst werden. Vorläufer unsere Interessenvertretung entdeckt Hans-Joachim von Olberg in der „Vereinigung für staatsbürgerliche Bildung und Erziehung“ vor dem 1. Weltkrieg. Für die Darstellung deren Gründungsphase hat er bislang unbekannte Dokumente ausgewertet.

Ein aktuelles Handlungsfeld der DVPB wird durch das „vorläufige Vertriebsverbot“ in Erinnerung gerufen, dass das Bundesinnenministerium für eine Publikation der Bundeszentrale für politische Bildung erteilt hat. POLIS dokumentiert den Skandal und steht im Gespräch mit betroffenen WissenschaftlerInnen. Für die Didaktische Werkstatt entwickelt Jan Eike Thorweger an dem Fallbeispiel eine Unterrichtsstunde zum Thema Lobbyismus.

Auf der Berliner Herbsttagung hat sich die DVPB nachdrücklich für die Unabhängigkeit und Überparteilichkeit der bpb ausgesprochen. Diese und weitere Nachrichten finden Sie wie üblich im Zeitungsteil sowie in der DVPB aktuell.

Viel Spaß beim Lesen!

Moritz Peter Haarmann
und Dirk Lange

POLIS
DVPB –
50 Jahre im Interesse Politischer Bildung

Zeitung

Aufruf des Bundesausschuss Politische Bildung zur Integration von Flüchtlingen	4
--	---

Fachbeiträge

Wolfgang Sander	
Fünzig Jahre Deutsche Vereinigung für Politische Bildung	8
Hans-Joachim von Olberg	
Die Gründung der „Vereinigung für staatsbürgerliche Bildung und Erziehung“ vor dem 1. Weltkrieg	13

Jubiläumsbeilage

Helmut A. Bieber	
Die DVPB als Mindmap	17

Forum

Herausforderungen der Politischen Bildung – Aufgaben der DVPB	20
BDA stoppt kritische Publikation der bpb – POLIS im Gespräch mit der Projektleiterin und zwei Autoren	22

Didaktische Werkstatt

Jan Eike Thorweger	
Lobbyismus am Fallbeispiel „Ökonomie und Gesellschaft“	24

DVPB aktuell

Impuls	27
Termine	28
Personen	28
Berichte	
Nordrhein-Westfalen: Barcamp „Brennpunkt Politischer Bildung“	29
Bayern: Bericht über Jahrestagung in Tutzing	30
Bremen: Interdisziplinäre Kooperation mit der Universität Bremen im Rahmen der Sommerakademie	30
Thüringen: Jenaer Gespräche zur Politischen Bildung	30
–: Planungsüberlegungen für das Jahr 2016	31
Mecklenburg-Vorpommern: Jahreskongress zur Politischen Bildung mit bpb-Präsident Thomas Krüger	31
Niedersachsen: Ankündigung: Planspieltagung und interdisziplinäre Tagung zum Thema „Flucht und Vertreibung“	32

LITERATUR

Rezensionen	33
Vorschau / Impressum	34



Bundesausschuss Politische Bildung (bap) ruft dazu auf, Asylsuchende und Zugewanderte in eine demokratische Gesellschaft der Vielfalt zu integrieren

Berlin. Der Vorstand des Bundesausschuss Politische Bildung hat auf dem Höhepunkt der flüchtlingspolitischen Debatte im Oktober dieses Jahres folgenden Beschluss gefasst: „Seit Wochen erreichen täglich tausende Flüchtlinge unser Land. In den Kommunen, in den Ländern und von Hilfsorganisationen werden enorme Kraftanstrengungen unternommen, um eine erste Nothilfe zu leisten. Doch behördliches und ehrenamtliches Handeln erfährt hier auch seine Grenzen.

In dieser Situation dringt in den politischen Diskurs immer mehr eine empörende, diskriminierende und teilweise offen rassistische Wortwahl ein. Es kommt zu lautstarken Protesten, zu gewalttätigem Handeln gegen Fremde, zu Anschlägen auf bewohnte oder geplante Unterkünfte für Flüchtlinge. Ein vagabundierender Hass richtet sich gegen Fremde. Politische Mandatsträgerinnen und Mandatsträger werden bedroht und angegriffen.

Die Flüchtlingsfrage wird auf lange Zeit für Deutschland und Europa eine der brennenden Fragen sein. Sicherlich steht zunächst die konkrete Hilfe für die Zugewanderten im Vordergrund. Die Menschen machen sich aus zerstörten Weltregionen, aus Ländern die sich in Auflösung befinden auf den Weg zu uns. Sie haben zuvor in nicht-demokratischen Staaten gelebt, in Ländern mit eingeschränkten Freiheiten und von Traditionen bestimmten Kulturen.

Es ist davon auszugehen, dass die Zugewanderten für längere Zeit oder für immer in unserem Land leben werden. Vor diesem Hintergrund sind wir als Organisationen der politischen Bildung davon überzeugt, dass eine unmittelbare Hilfe für die Flüchtlinge nur ein erster Schritt sein kann, auf den viele weitere folgen müssen. Eine Integration der Zugewanderten in das demokratische System, in die politische Kultur unseres Landes, in eine Gesellschaft der Vielfalt, Toleranz und Anerkennung erfordert aus der Sicht der politischen Bildung eine große Kraftanstrengung, die von zivilgesellschaftlichen Organisationen und staatlichen Institutionen gemeinsam bewältigt werden muss. [...]

Politische Bildung will einen Beitrag zur Integration der Zugewanderten in die demokratische Gesellschaft leisten und helfen, ihnen Chancen auf gesellschaftliche Partizipation eröffnen. Sie engagiert sich gleichzeitig für die Stärkung der Zivilgesellschaft, für eine vorurteilsfreie Debatte um Migration und gegen den Hass auf das Fremde. Deshalb wird sich die politische Bildung mit Angeboten zu folgenden Themenbereichen an der Bewältigung der aktuellen Herausforderungen beteiligen:

- Angebote zur Vermittlung von Grundlagen eines demokratischen Systems und einer freiheitlichen, pluralen Gesellschaft
- Angebote zur Information und Aufklärung über internationale Konflikte und zu den

komplexen Gründen von Flucht und Asylsuche

- Angebote zur Beschäftigung mit Unbehagen und Verunsicherungen aufgrund aktueller gesellschaftlicher Entwicklungen, mit Stereotypen oder Hass gegenüber Fremden und Ängsten vor zukünftigen Entwicklungen
- Vermittlung und Stärkung von Kompetenzen zum Leben in einer und zur Gestaltung einer vielfältigen und multireligiösen Gesellschaft
- Angebote zur Stärkung und Begleitung des ehrenamtlichen Engagements im Kontext einer Willkommenskultur
- Angebote zur Auseinandersetzung mit einer fremdenfeindlichen, rassistischen und ressentimentgeladenen Kommunikation in den Social Media.

Migration und die Flüchtlingsbewegungen (als erzwungene Migration) verstehen wir als Zeichen von Prozessen der Globalisierung und als ein zentrales Element gesellschaftlichen und kulturellen Wandels. In diesem Bewusstsein werden sich die Einrichtungen und Organisationen der politischen Bildung für die Bewältigung der aktuellen Probleme engagieren.“

bap

Die DVPB feiert ihr 50jähriges Bestehen

Berlin. Im Rahmen der Herbsttagung „Welt im Wandel – Politische Bildung im Kontext von Migration“ und der erweiterten Bundesvorstandssitzung 2015 der DVPB im Armony-Hotel am Mariannenplatz in Berlin-Kreuzberg wurde an die Gründung der DVPB im Jahre 1965 erinnert. In seiner Eröffnung wies der Bundesvorsitzende Prof. Dirk Lange (Hannover) darauf hin, dass die DVPB eigentlich ein ausgeprägt föderativer Verband sei. Der Schwerpunkt ihrer Arbeit läge wegen der Kulturhoheit der Bundesländer und Ihrer Zuständigkeit für das Schul- und Bildungswesen bei den Landesverbänden. Die gemeinsame Leistung des Verbandes könne man beispielsweise an einer Zahl aus dem Fortbildungsbe- reich verdeutlichen: Pro Jahr würde die DVPB 1.500 bis 2.000 Teilnehmertage anbieten und realisieren.

Im Zentrum der Veranstaltung stand ein Vortrag von Prof. Wolfgang Sander von der Universität Gießen, der nicht nur durch seine Geschichte der politischen Bildung in Deutschland: „Politik in der Schule“ (2. Auflage, Marburg 2010) als Experte auf diesem

Themengebiet ausgewiesen ist, sondern auch aus persönlichen Erfahrungen seit seiner Mitwirkung an der Organisation des ersten Bundeskongresses für politische Bildung im Jahre 1980 an der Universität Gießen schöpfen konnte. Seinen Vortrag finden die POLIS-Leserinnen und Leser in diesem Heft auf Seite 8ff.

Die Glückwünsche des Verbandes des Geschichtslehrer Deutschland überbrachte sein Bundesvorsitzender Ulrich Bongertmann. In seinem Grußwort bezeichnete er das Verhältnis des Geschichtsunterrichts zu den Schulfächern der politischen Bildung als komplementär und fruchtbar. Dies kommt unter anderem in der gemeinsamen „Erklärung von Hannover“ der Verbände vom 3. Juli 2015 über die Notwendigkeit eines fachqualifiziert zu erteilenden Unterrichts in allen gesellschaftswissenschaftlichen Fächern zum Ausdruck.

In seinem Beitrag richtete der Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung Thomas Krüger die Aufmerksamkeit des Auditoriums auf die Zukunftsaufgaben der politischen Bildung in Deutschland angesichts der Zuwanderung von Flüchtlingen in den letzten Monaten. Er sprach davon, dass ein Paradigmenwechsel erforderlich sein. Die Akteure

der politischen Bildung müssten neue Partner und Kooperanten suchen, Politik insgesamt müsse ihr Selbstverständnis aktualisieren und „das demokratische Wir“ neu bestimmen. Mit dem Begriff „global citizenship“ umriss er dieses Leitbild. Die aktuelle Bedeutungszunahme politischer Bildung komme auch in der Entscheidung im Rahmen der Beratungen für den Bundeshaushalt 2016 zum Ausdruck, dass zusätzlich 10 Millionen Euro zur Verfügung gestellt würden.

vO

Ministerin Wanka: „Wir brauchen mehr politische Bildung“

Essen. In einem Interview mit der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung (WAZ) hat die Bundesbildungsministerin Johanna Wanka (CDU) am 31. Oktober zur Aufgabe von Schulen und Bildungseinrichtungen im Kampf gegen Fremdenhass Stellung genommen:

Welche Erklärung haben Sie für die Fremdenfeindlichkeit, die besonders im Osten zu spüren ist?

Es ist die Angst vor Veränderung, die hier mitspielt. Diese Sorge gibt es auch in den alten Bundesländern. Aber dort hat man seit den sechziger Jahren erlebt, dass Menschen aus anderen Kulturkreisen kommen, die integriert werden. In der DDR hat es kaum Ausländer gegeben, und auch jetzt ist ihr Anteil im Osten sehr gering.

Ist Fremdenhass auch ein Bildungsproblem?

Bildung ist mit das Stärkste, was man gegen Fremdenhass einsetzen kann. Deswegen brauchen wir mehr politische Bildung. Wir müssen die Wertschätzung für Demokratie stärken. In den Schulen müssen die Vorzüge demokratischer Verhältnisse besser vermittelt werden. Dabei kommt es auch auf die Haltung der Lehrer an – gerade in Fächern wie Politik und Geschichte. Lehrer könnten zum Beispiel dafür werben, dass sich Schulabgänger für den Bundesfreiwilligendienst melden oder Dienst in Erstaufnahmeeinrichtungen leisten.

vO



© v. Olberg

Gratulanten am 20. November in Berlin anlässlich des 50. „Geburstages“ der DVPB von links nach rechts: Ulrich Bongertmann (Vorsitzender des Verbandes der Geschichtslehrer Deutschland), Prof. Wolfgang Sander/Gießen, Thomas Krüger (Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung) und Prof. Dirk Lange (Bundesvorsitzender der DVPB).

Landtagsmehrheit in Niedersachsen für einen Neustart der Landeszentrale für politische Bildung

Hannover. Die rot-grüne Regierungskoalition will im Jahr 2016 eine neue Landeszentrale für politische Bildung in Niedersachsen errichten: „Niedersachsen hat seit der Zerschlagung 2004 durch CDU/FDP keine eigene Landeszentrale für politische Bildung. Das wollen und müssen wir mit Blick auf die gesellschaftlichen Herausforderungen ändern“, erklären die Fraktionsvorsitzenden Anja Piel (Bündnis 90/Die Grünen) und Johanne Modder (SPD). Dafür werde man im Haushalt 2016 zunächst eine Million Euro zur Verfügung stellen.

Ziel soll es sein, über die Entwicklung von spannenden Formaten und guten Ideen in den verschiedenen Regionen Niedersachsens Strukturen und Angebote wieder zu stärken und aufzubauen. Die neue Landeszentrale soll beim Ministerium für Wissenschaft und Kultur angesiedelt werden. Integriert werden könnte auch die mit Prävention betraute Fachstelle des Verfassungsschutzes.

„Mit der Stärkung der politischen Bildung reagieren wir auf aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen und Entwicklungen wie Rechtsextremismus, Salafismus, Pegida, Gewalt gegen Flüchtlinge und Flüchtlingsunterkünfte, Islamophobie, permanent sinkende Wahlbeteiligungen und abnehmende Teilhabe an Prozessen politischer Partizipation,“ sagt die SPD-Fraktionsvorsitzende.

„Niedersachsen ist das einzige Land, das keine landespolitischen Strukturen zur Entwicklung von Impulsen und zum Aufspüren von Bedarfen in der politischen Bildung hat. Gerade vor

dem Hintergrund von Flüchtlingsarbeit, einem hohen ehrenamtlichen Engagement und Wissensdurst in der Bevölkerung, Pegida und Salafismus ist es wichtig, eine solche Struktur in Niedersachsen zu schaffen“, machen die Fraktionsvorsitzenden der rot-grünen Regierungskoalition deutlich.

Die CDU/FDP-Regierung hatte 2004 die frühere Landeszentrale aufgelöst. Beide Parteien verdächtigten nun in der ersten Lesung zum Gesetzentwurf zur Wiedererrichtung der Landeszentrale SPD und Grüne im Hannoveraner Landtag, eine Art „Versorgungswerk für rote und grüne Parteifreunde“ einrichten zu wollen. Auch die FDP-Abgeordnete Almuth von Behlow-Neufeldt betonte: „Wer soll denn da eigentlich mit Pöstchen versorgt werden?“ Politische Bildung finde ja schon heute im Lande statt - immerhin gingen mehr als 53 Millionen Euro allein in die Erwachsenenbildung. Eine Landeszentrale könne zudem keine höhere Wahlbeteiligung garantieren. „Sogenannte Randgruppen erreichen sie nicht mit Unterricht, die erreichen sie mit ganz anderen Programmen“, sagte die Politikerin.

Die Gewerkschaft der Polizei in Niedersachsen (GdP) dagegen sprach sich angesichts einer Zunahme fremdenfeindlicher Straftaten für



Die alte Landeszentrale für politische Bildung des Landes Niedersachsen residierte an der Hohenzollernstraße in Hannover.

ein Wiedereinrichten der Landeszentrale aus. In der aktuellen Flüchtlingssituation müsse aufkeimendem Extremismus dringend durch Prävention und Bildung entgegengewirkt werden, damit es gar nicht erst zu Anfeindungen und Straftaten komme, ließ der GdP-Landesvorsitzende Dietmar Schilff verlauten. Gegen den geplanten Neustart der Landeszentrale für politische Bildung hat sich der Bund der Steuerzahler Niedersachsen und Bremen ausgesprochen. Der Landesvorsitzende Bernhard Zentgrafe sagte, zur Vermittlung von politischer Grundbildung und demokratischer Werte gebe es in Niedersachsen bereits ein hinreichend dichtes Netz von Institutionen, die staatliche Zuschüsse erhalten.

Die Gesetzesvorlage wird nach der ersten Lesung nun in den zuständigen parlamentarischen Fachausschüssen des Landtags beraten.

Bildungsklick / dpa / vO

Landesschülervertreter in Sachsen: „Politische Bildung nicht an die Eltern abgeben!“

Dresden. Die Devise in Sachsen war immer, die Politik aus dem Unterricht rauszuhalten. Darum sollten sich die Eltern kümmern. Sieht man sich die Wahlbeteiligung der letzten Landtagswahl an, kann man davon ausgehen, dass sich ein Großteil der Eltern nicht darum kümmert. Wie auch, wenn sie offensichtlich selbst das Interesse an Po-

litik verloren haben? Als Schülervertreter bekomme ich das auch zu spüren: Vielen Mitschülern ist es egal, wer sie vertritt. Die Schule hat versagt, gerade weil sie das Feld der politischen Bildung nahezu vollkommen an die Eltern abgegeben hat.

Wenn man sich anschaut, wer vor den Flüchtlingsheimen protestiert, und Flüchtlinge angegriffen hat – dann waren da viele Mitläufer dabei, viele, die zuvor noch nicht radikalisiert waren. Nach den Ereignissen in Heidenau und Freital hätte ich mir von Leh-

rern gewünscht, dass sie sich klar distanzieren. Aber das passiert nicht, nicht einmal im Politikunterricht. Aktuelle Themen werden nicht diskutiert. Die ganze Republik redet über Heidenau, Freital und Pegida, aber an den sächsischen Schulen wird einfach weitergemacht, als ob nichts passiert wäre.

Friedrich Rodefild (18), stellv.

Vorsitzender des Landesschülerrates

Bundesinnenminister de Maizière hat Post vom DVPB-Bundesvorsitzenden erhalten

Hannover/Berlin. Zum vorläufigen Verbot von Vertrieb und Auslieferung des Bandes „Ökonomie und Gesellschaft“, das der Bundesinnenminister als Dienstvorgesetzter des Präsidenten der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) ausgesprochen hat (siehe nähere Informationen in diesem POLIS-Heft S. 22 und 23), hat Prof. Dirk Lange als Bundesvorsitzender der DVPB am 9. November einen Brief geschrieben. Hierin drückt er gegenüber dem Innenminister die Sorge und Empörung des Verbandes über diesen Vorgang aus.

Es sei allgemein „in der Bildungs- und Wissenschaftslandschaft ein probates Mittel geworden, staatliche Einrichtungen, zu deren Wesenskern Überparteilichkeit und Kontroversität zählen, der direkten fachlichen Einflussnahme von Ministerien zu entziehen. Die Kontrollmechanismen beziehen sich dann auf die grundlegende Arbeit und die strategische Ausrichtung und natürlich nicht auf fachliche Einzelentscheidungen.

Im aktuellen Fall hat Ihr Haus per Erlass ein Vertriebsverbot eines Materialienbandes erwirkt, ohne dass das Kuratorium oder der Wissenschaftliche Beirat aus ihrer Kontroll- und Beratungstätigkeit heraus entsprechende Hinweise gegeben hätten. Wie kann ihr Ministerium bei diesem Vorgehen sicherstellen, dass die politisch ausgewogene – und damit auch von der jeweiligen Bundesregierung unabhängige – Haltung der Arbeit der bpb gesichert bleibt?

Die Beantwortung dieser Frage erscheint mir dringend. Ich befürchte, dass ein Offenbleiben das große Renommee der Bundeszentrale und damit letztlich auch die demokratische Kultur in Deutschland beschädigen könnte. Eine Kooperation mit der bpb darf für Wissenschaftler und Politische Bildner nicht die Gefahr bergen, dass ihre Arbeit einem politischem Prüfauftrag des Ministeriums unterzogen wird. Die im aktuellen TuM-Vorfall betroffenen Autorinnen und Autoren genießen in diesem Punkt – unabhängig ihrer jeweiligen Beiträge – die volle Solidarität unseres Verbandes.

Die Unabhängigkeit und Überparteilichkeit einer Institution der demokratischen Kultur kann nur dadurch gewährleistet werden, dass

sie in ihrem Alltagsgeschäft nicht der direkten Weisungsbefugnis der Bundesregierung unterliegt. Wenn diese Unabhängigkeit für eine nachgeordnete Behörde des BMI nicht gewährleistet werden kann, sollten in einem konstruktiven Diskurs alternative Rechtsformen oder Anbindungen für die Bundeszentrale erwogen werden.“

vO

Stellungnahme der DVPB zur ökonomischen Bildung: Ökonomisches Lernen muss auf den Demokratie-Auftrag von Schule bezogen werden!

Berlin. Die Kultusministerien der Länder sind seit Längerem mit einer bildungspolitischen Kontroverse um die Verankerung ökonomischen Lernens an allgemeinbildenden Schulen konfrontiert. Offensichtlich zielt die Lobbyarbeit für ein monodisziplinäres Wirtschaftsverständnis nun auch auf die Bundesebene. In den Bundesländern sehen sich die Landesverbände der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung (DVPB) bereits seit dem letzten Jahrzehnt mit einer massiven Kampagne von Wirtschaftsverbänden konfrontiert, die sich zum Ziel gesetzt haben, ökonomische Inhalte aus der Politischen Bildung herauszulösen. Die DVPB ist davon überzeugt, dass Politische Bildung unter ganz verschiedenen Fachbezeichnungen unterrichtet werden kann und sollte. Insofern begreift sich die DVPB auch als Interessenverband der ökonomischen Bildung. Ein Qualitätsmerkmal ökonomischer Bildung ist, dass sie sich nicht nur an den Funktionslogiken von Effizienz und Nutzenmaximierung, sondern zentral an den Leitideen der Kontroversität und Mündigkeit orientiert. Als ebenso wichtig erachten wir, dass wirtschaftliche Fragen und Probleme nicht der politischen Analyse, Reflexion und Urteilsbildung der jungen Bürgerinnen und Bürger in der Demokratie entzogen werden. Genau das impliziert aber die Auslagerung ökonomischer Themen aus dem Politikunterricht in ein separates, demokratie- und politikfreies Fach. Wirtschaftsunterricht darf nicht den Interessen der Wirtschaft dienen, er muss diese zu seinem Gegenstand machen.

Die DVPB ist der Interessenverband einer ökonomischen Bildung, die der Mündigkeit von Bürgerinnen und Bürgern dient.

Politische Bildung im Kontext von Migration stärken! DVPB appelliert an die Länderminister

Berlin. „Einwanderung verändert die Gesellschaft und fordert die Demokratie heraus. Die Politische Bildung in Unterricht und Schule sowie in der Jugend- und Erwachsenenbildung begleitet die aktuellen Lernprozesse (in) der Demokratie. Zum einen verlangt die Integration von Flüchtlingen in das gesellschaftliche und in das politische System der Bundesrepublik Deutschland sowohl die sprachliche und berufliche Eingliederung als auch Demokratie-Grundbildung. Zugleich erhöht sich in der ansässigen Bevölkerung der Bedarf, den gesellschaftlichen Wandel im Kontext von Migration zu reflektieren.

Die Politische Bildung stellt eine Grundvoraussetzung für das demokratische Zusammenleben in der Migrationsgesellschaft dar. Sie thematisiert demokratische Grundwerte, Vorurteile, Rassismen und Rechtspopulismen, Probleme sozialer Integration, religiösen Fundamentalismus, Ursachen und Folgen von Migrationen. Politische Bildung ist Bestandteil einer sich wandelnden Gesellschaft und einer lebendigen Demokratie.

Die Deutsche Vereinigung für Politische Bildung (DVPB) fordert von den Bundesländern, dass Politische Bildung als Unterrichtsfach mit zwei Wochenstunden in allen Schulformen und Schulstufen zur Regel wird. Für eingewanderte Jugendliche sind Zusatzangebote im Wahlbereich vorzuhalten. Hierzu bedarf es einer spezifischen Förderung der LehrerInnenbildung im Feld Politischer Bildung.

In der Jugend- und Erwachsenenbildung sind Strukturen und Programme zu etablieren, die die Politische Bildung im Kontext von Migration nachhaltig verankern. Es bedarf darüber hinaus eines Ausbaus und einer Qualitätsentwicklung der Politischen Bildung im Rahmen der Integrationskurse.

Die Erfüllung der besonderen Aufgaben der Politischen Bildung ist durch die Bereitstellung von zusätzlichen Stellen und von Sondermitteln sicherzustellen. Die fachliche Qualifikation des Personals der Politischen Bildung ist in allen Bereichen zu gewährleisten.“

Diesen Beschluss hat der Erweiterte Bundesvorstand auf seiner Sitzung am 21. November in Berlin gefasst.



Fachbeiträge

Wolfgang Sander

Fünzig Jahre Deutsche Vereinigung für Politische Bildung

Rückblicke und Ausblicke

„Eine Gesellschaft im Aufbruch“, so betitelte Hermann Korte ein Buch über die Bundesrepublik Deutschland in den sechziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts (Korte 2009). Dazu passt nur zu gut, dass in diesem Jahrzehnt, am



Prof. Dr. Wolfgang Sander lehrt Didaktik der Sozialwissenschaften an der Justus-Liebig Universität Gießen.

5. März 1965, in Frankfurt am Main ein Verband namens „Deutsche Vereinigung für politische Bildung e.V.“ gegründet wurde. Schon seit einigen Jahren hatte die Politikwissenschaft begonnen, sich an den westdeutschen Universitäten als junges Fach zu etablieren. Mitte der 1960er-Jahre kamen die ersten Professuren für Didaktik der politischen Bildung hinzu. In den Bundesländern hatte die Ausbildung von Lehrern für dieses junge Fach begonnen. Die Zeichen dafür, dass es nun – anders als in der Weimarer Republik – gelingen könnte, die politische Bildung auf ein wissenschaftliches Fundament zu stellen, standen gut.

Es lag nahe, diese Aufbruchsstimmung zu nutzen, den Erfahrungsaustausch zu orga-

nisieren, neuen Initiativen einen Rahmen zu geben, Engagement zu koordinieren – kurz, die Kräfte zu bündeln und der politischen Bildung nicht zuletzt gegenüber der Politik mit einem überparteilichen Fachverband eine gemeinsame Stimme zu geben. Auf der anderen Seite gab es gute Gründe für eine Feststellung, die in den ersten, im Oktober 1966 formulierten Arbeitszielen der DVPB getroffen wurde: die Feststellung, „daß trotz 20jähriger Bemühung die Ergebnisse der politischen Bildungsarbeit in der Bundesrepublik noch nicht den gehegten Erwartungen entsprechen“ (vgl. Lessing 1988, 45). Man darf annehmen, dass hierbei auf eine Welle des Neonazismus angespielt wurde, die sich in einer Vielzahl von Hakenkreuzschmierereien an jüdischen Einrichtungen Ende 1959/Anfang 1960 niederschlug. Diese erregten national und international erhebliches Aufsehen und führten zu vielfachen Forderungen nach einer besseren politischen Bildung. Anlass zur Sorge bestand auch durch schnelle Erfolge der 1964 gegründeten NPD, die in kurzer Folge in sieben Landtage einzog und die 1969 den Einzug in den Bundestag mit 4,3 Prozent nur knapp verpasste. So etablierte sich schon in dieser Aufbauphase der politischen Bildung das Sorgethema Rechtsextremismus, das das Fach seither in Wellen immer wieder beschäftigt hat.

Gleichwohl erfolgte die Gründung der DVPB in einem Umfeld, das für die politische Bildung zunächst günstig war. In den 1960er-Jahren gab es eine breite überparteiliche Reformbewegung in der Bildungspolitik, die auf eine Modernisierung des deutschen Bildungssystems zielte. Stichwortgeber waren Georg Picht mit seinem 1964 erschienenen Kassandrarufer unter dem Titel „Die deutsche Bildungskatastrophe“ (Picht 1964) und Ralf Dahrendorf (Dahrendorf 1965). Während Picht, der Situation nach der ersten PISA-Studie nicht unähnlich, sich auf Daten der OECD beziehen konnte und den ökonomischen Niedergang der Bundesrepublik für den Fall vorhersagte, dass es nicht kurzfristig zu radikalen Bildungsreformen komme, argumentierte Dahrendorf stärker mit der mangelnden sozialen Durchlässigkeit des Bildungssystems und forderte ein „Bürgerrecht auf Bildung“. Die „Bildungsexpansion“ nahm ihren Lauf. Sozialwissenschaftliches Denken war en vogue und die politische Bildung als junges Fach, das sich auf diese Wissenschaften bezog, schien eine glänzende Zukunft zu haben und sich in Gelassenheit entwickeln zu können.

Die 1970er-Jahre: Kampfplatz politische Bildung

Wie wir wissen, sollte es anders kommen. Ende der 1960er-Jahre zerbrach der große

bildungspolitische Konsens. Politische Bildung wurde Anfang der 1970er-Jahre zum „Kampfplatz der Parteien“ (Mambour 2007, 94ff.) und zu einem der Felder, auf denen die politisch-kulturelle Auseinandersetzung um die Zukunft der bürgerlichen Gesellschaft ausgetragen wurde. Die Neue Linke betrachtete das Bildungssystem als geeigneten Ort für den „Marsch durch die Institutionen“ (Rudi Dutschke), als Terrain für die Gewinnung einer intellektuellen Hegemonie als Voraussetzung für die intendierte Umwälzung der Gesellschaft. Die Vorstellungen von politischer Bildung unterschieden sich dabei im Einzelnen durchaus, sie reichten von eher pädagogisch ausgerichteten, auf Mündigkeit und kritisches Denken zielenden Konzepten bis zur Erziehung zum Klassenkampf (vgl. Sander 2013, 144ff.). Konservative Gegenreaktionen zielten auf eine bewahrende, die bestehende Ordnung verteidigende Schule. Wir wissen heute, dass der 1977 veröffentlichte Beutelsbacher Konsens die Voraussetzungen für eine Beendigung dieser Konfliktkonstellation schuf, die das damals ja noch sehr junge Fach durchaus hätte zerstören können. Aber da gab es neben und vor dem Beutelsbacher Konsens noch etwas, was befriedend wirkte. Lassen Sie es mich so sagen: Die Nordrhein-Westfalen, die Hessen und die Bayern, die A- und die B-Länder, wie man die SPD- und die CDU/CSU-regierten Länder damals auch nannte, die eher Linken und die eher Konservativen, trugen zwar in dieser Zeit einen heftigen Konflikt um die politische Bildung aus. Aber in der DVPB waren sie alle. Die DVPB bildete als Institution einen Rahmen für die Fortführung des Gesprächs, ja mehr noch, sie verkörperte schon durch ihre bloße Existenz den Anspruch der politischen Bildung, eine politische Kontroversen übergreifende Profession zu sein. Gewiss, diese Kontroversen waren auch Gegenstand innerverbandlicher Diskussionen. Noch bis in 1990er-Jahre hinein wurde sehr darauf geachtet, bei der Zusammensetzung des Bundesvorstands auch partei- und richtungspolitischen Proporz zu berücksichtigen. Aber dies hinderte, so der damalige Bundesvorsitzende Clemens Lessing rückblickend, „nicht eine vertrauensvolle, ja freundschaftliche Zusammenarbeit aller Vorstandsmitglieder“ (Lessing 1988, 47). Lessing war von 1973 bis 1986 Bundesvorsitzender. Seine offene, liberale Grundhaltung

wie seine ausgleichende, vermittelnde und zugewandte Art dürften nicht unerheblich dazu beigetragen haben, jenen konstruktiven und kultivierten Stil des Umgangs mit Kontroversen zu entwickeln, der die Atmosphäre in der DVPB auch in dieser Zeit prägte.

Krisenzeit: Die politische Bildung in den 1980er-Jahren

Im Jahr 1976 wurde Kurt Gerhard Fischer zum Zweiten Vorsitzenden der DVPB gewählt und es sollte sich zeigen, dass er mit seinem gänzlich anderen Temperament mit Lessing ein kongeniales Führungsduo bildete. Mit dieser Konstellation konnte der Verband produktiv auf eine zweite große Herausforderung reagieren. Von Ende der 1970er- bis Mitte der 1980er-Jahre veränderte sich die Situation der politischen Bildung drastisch. Nun, nach dem Auslaufen der Post-68er-Konflikte, drohte das Fach in die Bedeutungslosigkeit abzustürzen. Die Politik verlor das Interesse an der politischen Bildung und, wohl noch wichtiger, die beruflichen Zukunftschancen der Jungen, die sich für dieses Fachgebiet interessierten, tendierten gegen null. In den Schulen gab es praktisch keine Neueinstellungen mehr und gerade in dem jungen Fach, für das in den 1970er-Jahren eine ganze Generation neuer Lehrerinnen und Lehrer ausgebildet und eingestellt wurden, waren diese Stellen nun für Jahrzehnte blockiert. Von den fünf Professuren, die in der Aufbauphase für Didaktik der politischen Bildung in Gießen geschaffen wurden, ist eine geblieben, wie überhaupt in der Bundesrepublik in dieser Zeit es für rund 15 Jahre zu keiner einschlägigen Neubesetzung einer Professur in dieser Disziplin gekommen ist. Die Folgen für das Fach waren fatal, zunächst für die Wissenschaft, aber mit unvermeidlichen Folgen für die Praxis. Der Abbau der wissenschaftlichen Infrastruktur führte zu Einbrüchen bei der Forschung, in der Zahl der Doktoranden, bei Publikationen, aber auch in der Lehrerfortbildung. Im Jahr 1986 schrieb Walter Gagel mit Blick auf diese Lage, man könne „eigentlich nur zu dem Schluß kommen, daß die Akten der Geschichte der politischen Didaktik in der Bundesrepublik bereits geschlossen sind“ (Gagel 1986, 292). In dieser Situation stellte sich für die DVPB die dringliche Aufgabe, das Fachgespräch über Grundfragen politischer Bildung aufrecht zu erhalten. Es war wesentlich Kurt Gerhard

Bundesvorsitzende der DVPB

1965–1969	Adalbert Brunner
1969–1973	Hans-Hermann Hartwich
1973–1986	Clemens Lessing
1986–1994	Herbert Knepper
1994–2000	Dorothea Weidinger
2000–2003	Sabine Geißler
2003–2006	Hans-Joachim Fichtner
seit 2006	Dirk Lange

Fischer zu verdanken, dass der Verband dafür offensiv auf externe Partner zuging, mit denen zahlreiche gemeinsame Tagungen erfolgreich durchgeführt und neue inhaltliche Akzente gesetzt werden konnten (vgl. Lessing 1988, 48f.). Zu diesen Partnern gehörten in erster Linie die Bundeszentrale für politische Bildung, das Gesamtdeutsche Institut und die Europäische Akademie Berlin. Lessing nennt für den Zeitraum zwischen 1976 und 1984 alleine zwölf solcher Tagungen; aus vielen sind auch Publikationen hervorgegangen.

Vor allem aber war es eine weitere Initiative Fischers, mit der ein kräftiger Akzent für die Präsenz der politischen Bildung gesetzt wurde: die Etablierung der Bundeskongresse für politische Bildung. Der erste fand 1982 in Gießen statt; ich hatte damals die Gelegenheit, als wissenschaftlicher Mitarbeiter an diesem Projekt eine Menge über die Planung und Organisation solcher Veranstaltungen lernen zu dürfen. Die ersten fünf Bundeskongresse wurden alleine von der DVPB verantwortet und organisiert, ab dem sechsten kam die Bundeszentrale als Partner hinzu. Lessing nennt rückblickend drei Ziele dieses großen Vorhabens (Lessing 1988, 49f.): nach den Jahren der Konfrontation über Ziele politischer Bildung das sachliche Gespräch im Fach konstruktiv aufzunehmen und fortzuführen; die politische Bildung in der Öffentlichkeit aus der Defensive herauszuführen und dem Dialog zwischen Lehrern, Didaktikern und Politikern zu dienen; schließlich den Kontakt zwischen den Fachlehrern über Ländergrenzen hinweg zu fördern und die fachliche Identifikation zu stärken. Dazu passt, dass der erste Bundeskongress sich ohne spezifisches Thema in acht Sektionen gänzlich auf Grundfragen politischer Bildung konzentrierte, vom Stand der Theorie der politischen Bildung über Praxisfelder politischer Bildung wie Lehrerbildung,

Berufsschulen und außerschulische politische Bildung bis zu dem damals schon aktuellen Problemfeld „Politisches Lernen mit ausländischen Schülern“ (Deutsche Vereinigung für Politische Bildung 1983).

Man wird feststellen dürfen, dass es neben den Beutelsbacher Tagungen der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg vor allem diese Initiativen der DVPB waren, die einen kontinuierlichen überregionalen Dialog im Fach aufrechterhielten und dem drohenden Verfall der fachlichen Infrastruktur mit viel Energie und letztlich auch mit Erfolg etwas entgegensetzten. Man möchte sich nicht vorstellen, was in der Post-68er-Krise aus der politischen Bildung in Deutschland geworden wäre, hätte es die DVPB nicht gegeben.

Politische Bildung im Prozess der deutschen Vereinigung

Die dritte und letzte der historischen Herausforderungen, die ich ansprechen möchte, kam wohl für alle, die sie miterlebt haben, völlig überraschend. In diesem Jahr haben wir in Frankfurt das 25-jährige Jubiläum der deutschen Vereinigung gefeiert. Im November 1989 hatte die Bundeszentrale für politische Bildung das planerische Meisterstück vollbracht, am Wochenende der Maueröffnung im Reichstagsgebäude einen Kongress über vierzig Jahre politische Bildung in der Demokratie zu veranstalten, was dutzende politischer Bildner zu Zeitzeugen der historischen Ereignisse in Berlin machte. Schnell sollte sich

zeigen, dass Maueröffnung und deutsche Vereinigung auch die politische Bildung vor erhebliche Aufgaben stellen würden.

Zunächst bestand auf westdeutscher Seite nach der Wende in der DDR eher die Erwartung, es könne nun zu einem Dialog zwischen west- und ostdeutschen Wissenschaftlern und Praktikern in der politischen Bildung kommen, in dem auch neue, bislang nicht wirksam gewordene Konzepte aus Kreisen der DDR-Wissenschaft einfließen würden. Allerdings zeigte sich bald, dass es solche potenziell innovativen, gewissermaßen in verborgenen Schubladen wartenden Ideen für eine neue politische Bildung, die nun hätten öffentlich werden können, nicht gab. So blieb letztlich nur der Neuaufbau der politischen Bildung in den ostdeutschen Bundesländern (vgl. Biskupek 2002; Massing 2014; Sander 2013, 107 ff.).

Eine Schlüsselaufgabe hierfür war die Ausbildung neuer Fachlehrer für die politische Bildung. Das Fach lag nach der deutschen Vereinigung in der Verantwortung der neuen Bundesländer, die neben manchem Sinnvollen in der politischen Bildung auch den alten Fehler der westdeutschen Länder übernahmen, dem Fach verschiedene Bezeichnungen zu geben. In den allermeisten Fällen erteilten den Unterricht in diesem neuen Fach Lehrerinnen und Lehrer, die bereits in der DDR andere Fächer unterrichtet hatten. Diese nun kurzfristig für diese neue Aufgabe zu qualifizieren und sie in den bundesweiten Fachdiskurs einzubinden,

war eine große Aufgabe. An ihr hat sich die DVPB von Anfang an beteiligt. Sie tat dies zunächst mit einer Vielzahl eigener Veranstaltungen (Biskupek 2002, 120), die aber noch nicht als mittelfristige strukturierte Kurse mit einem formellen Anschluss konzipiert waren. Solche Kurse wurden dann zwischen 1991 und 1999 von der Bundeszentrale für politische Bildung und dem Deutschen Institut für Fernstudien mit beträchtlichem Erfolg durchgeführt; über 90 Prozent der rund 750 teilnehmenden Lehrerinnen und Lehrer bestanden die Abschlussprüfung im ersten Anlauf (Dürr 2003).

Für die DVPB stellte sich dagegen sehr früh die Aufgabe, Landesverbände in den neuen Bundesländern ins Leben zu rufen. Dies war nicht nur aus verbandspolitischen Eigeninteresse wichtig. Es war unabdingbar, wenn für die neu entstehenden Fächer und die in ihnen tätigen Lehrerinnen und Lehrer eine Fachöffentlichkeit entstehen sollte, die für den internen Erfahrungsaustausch wie für die Resonanz der politischen Bildung in Schule und Öffentlichkeit unerlässlich ist. Der Aufbau dieser neuen Landesverbände war angesichts des politischen Umfelds eine komplexe und fordernde Aufgabe. Anfangs drängten besonders solche Akteure in diese Landesverbände, die bereits in der Infrastruktur der Staatsbürgerkunde der DDR tätig waren, so insbesondere an den Hochschulen. Wo dies gelang, stagnierte die Verbandsarbeit, als sich diese Mitglieder nach der Schließung ihrer Institute zurückzogen. In Mecklenburg-Vorpommern musste der Landesverband deshalb 1994 ein zweites Mal gegründet werden. Ein Gegenbeispiel war Thüringen, wo Initiatoren aus der Bürgerbewegung von Anfang an darauf drängten, dass Aktive aus den Gesellschaftswissenschaften der DDR keine tragende Rolle im Landesverband spielen dürfen.

Besondere Verdienste erwarb sich in dieser Zeit Herbert Knepper, der sich als Bundesvorsitzender der DVPB unermüdlich für Gründung und Aufbau der neuen Landesverbände engagierte. Die DVPB hat mit diesen Neugründungen einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung einer neuen, demokratischen politischen Bildung in Ostdeutschland geleistet. Man wird annehmen dürfen, dass diese auch eine gewisse Ausstrahlung auf die ostdeutschen Schulen insgesamt hatte, waren doch die neu qualifizierten Fachlehrer in diesen Jahren oftmals die ersten und einzigen an den Schulen,



Eröffnungsveranstaltung 13. Bundeskongress Politische Bildung

die mit neuen und moderneren Unterrichtskonzepten aus der internationalen Pädagogik und Didaktik vertraut gemacht wurden. Überhaupt muss man rückblickend konstatieren, dass sich mit der deutschen Vereinigung der bildungspolitische Wind wieder mehr zugunsten der politischen Bildung drehte. Wer gedacht haben mag, die politische Bildung sei ein Relikt aus der Re-education-Zeit und in einer stabilen Demokratie nicht mehr nötig oder wer das Fach mit Blick auf die 1970er-Jahre nur als politischen Kampfplatz vor Augen hatte, wurde nun, als die Unverzichtbarkeit politischer Bildung für die weitere Entwicklung der Demokratie in Deutschland offenkundig wurde, eines Besseren belehrt. In der Folgezeit konnte sich die politische Bildung, manch anderer Widrigkeiten zum Trotz, in Wissenschaft und Praxis konsolidieren. Die von Gagel 1986 befürchtete Schließung der Akten fand nicht statt, der um die Jahrtausendwende herum anstehende Generationswechsel in Praxis und Wissenschaft ist gelungen. Gewiss, es gibt mancherlei Anlass zur Unzufriedenheit, zumal für einen Verband, der sich auch als Interessenvertretung verstehen muss, aber alles in allem wird man sagen müssen, dass die politische Bildung in Deutschland heute besser dasteht als in ihrer Krise vor 30 und besser als bei der Gründung der DVPB vor 50 Jahren.

Ausblicke: Aktuelle Herausforderungen für die politische Bildung

Alles gut also? Ein Blick in die Tageszeitungen genügt schon, um diese Frage zu verneinen. Tatsächlich zeichnen sich in der Wirklichkeit der Gesellschaft neue Entwicklungen und Konstellationen ab, die von fundamentaler politischer Bedeutung sind und die zugleich große Herausforderungen für das Bildungssystem darstellen. Immer wenn dies zusammenkommt, wenn politische Herausforderungen zugleich zu pädagogischen werden, ist die politische Bildung in besonderer Weise gefordert. Drei dieser Herausforderungen möchte ich in aller Kürze ansprechen, wohl wissend, dass weitere hinzugefügt werden könnten.

1. Die tatsächlichen und möglichen Folgen der Digitalisierung

Ich spreche hier nicht vom guten alten Datenschutz, auch nicht vom Verhältnis von politi-

scher Inszenierung zu politischer Information, das den 10. Bundeskongress für politische Bildung beschäftigte. Ich spreche nicht einmal vom „Einsatz“, wie man so schön sagt, digitaler Medien im Unterricht. Es muss vielmehr um das Politische der Digitalisierung in einem viel grundlegenden Sinn gehen. Es geht darum, ob ein „technologischer Totalitarismus“ droht, wie es im Titel des letzten von Frank Schirrmacher herausgegebenen und in diesem Jahr erschienenen Buches heißt (Schirrmacher 2015). Dabei geht es auch um die Rückgewinnung von Macht durch legitime Regierungen gegenüber einer schleichenden Machtkonzentration in einer Industrie, die sich gerne smart, hip und harmlos gibt. Jaron Lanier, der Friedenspreisträger des deutschen Buchhandels 2014, sagte in einem Interview, gegenwärtig würden die Internetkonzerne „überwiegend von Menschen geleitet, die es irgendwie gut mit der Welt“ meinen. „Das Silicon Valley hat die freundlichste und gutmütigste Diktatoren-Klasse in der Geschichte der Menschheit“ (Lanier 2015). Was aber, wenn sich das ändert? Wenn die von Facebook, Google und Co. geschaffenen Strukturen in andere Hände geraten? Oder, um nur einige wenige weitere Fragen zu stellen: Führt das allgemeine Gerede im Internet auch zu mehr tatsächlicher politischer Partizipation? Was ist mit den Shitstorms, die doch eher an die Macht des Pöbels erinnern, vor der Platon und Aristoteles in ihrer Kritik der Demokratie warnten? Ob das Internet auf lange Sicht eher unserer heutigen verfassten Demokratie oder eher ihren Feinden nutzen wird, muss sich erst noch zeigen, denn es bietet bekanntlich eine perfekte Plattform für deren Organisation und Propaganda.

Vor 10 oder 15 Jahren haben wir uns im Fach mit der Frage befasst, wie wir digitale Medien in der politischen Bildung am produktivsten nutzen und unsere Adressaten im Umgang mit ihnen fit machen können. Künftig werden wir uns stärker fragen müssen, wie wir ein reflexiv-kritisches Verhältnis zu der scheinbaren Selbstverständlichkeit der Digitalisierung und ihrer weitreichenden Folgen gewinnen können.

2. Die aktuelle Flüchtlingskrise und ihre überregionalen politischen Zusammenhänge

Wir sind Zeitzeugen einer tiefen Krise und des möglichen Zusammenbrechens der po-

litischen Ordnung, die nach dem Ende des Osmanischen Reiches vor rund 100 Jahren in Nahen und Mittleren Osten sowie in Nordafrika etabliert wurde. Unglücklicherweise ist es vorstellbar geworden, dass die Folgen dieser Krise den europäischen Integrationsprozess gleich mit zerstören und unabsehbare Turbulenzen in Europa nach sich ziehen könnten. Insoweit betrifft dies aber zunächst nur die Inhalte und die Themen unseres Faches. Anders steht es mit den vielen hunderttausend Flüchtlingen, die in diesem Herbst in Deutschland angekommen sind oder in naher Zukunft noch ankommen werden. Hier haben wir es mit potenziellen Adressaten unseres Fachs in der Schule wie in der außerschulischen Bildung zu tun. Wir sollten nicht abwarten, bis sie in den Schulklassen auftauchen oder vielleicht irgendwann einmal freiwillig bei einem Anbieter außerschulischer politischer Bildung. Die politische Integration einer solchen Zahl von Menschen, die aus nicht-demokratischen Gesellschaften kommen, ist nicht trivial; es wäre leichtfertig, alleine darauf zu vertrauen, dass die politischen Sozialisationseffekte im Alltag von Schule, Gemeinde und Beruf es schon richten werden. Es tut auch dem Engagement von Sprachlehrern kein Abbruch, wenn man Zweifel anmeldet, ob 60 Unterrichtsstunden eines „Orientierungskurses“ im Rahmen eines Deutschkurses ausreichend sind, zumal wenn eine eigene fachliche Qualifikation dafür nicht oder nicht zureichend vorhanden ist.

Wir sollten uns als Fach und als Fachverband in dieser Sache schnell und entschlossen engagieren, auch wenn wir dafür nicht auf fertige Modelle zurückgreifen können. Mir erscheint etwa der Vorschlag von Cem Özdemir durchaus plausibel, den Flüchtlingen frühzeitig ein Informationspaket über das Leben in Deutschland unter Einschluss von historischen und politischen Themen an die Hand zu geben, und zwar in ihrer Sprache, also schon vor einem eventuellen sprachzentrierten Integrationskurs. Es wäre schon gut, wenn eine geeignete Broschüre in der erforderlichen hohen Auflage vorliegen würde – eine Aufgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung, angestoßen durch die DVPB? Dies wäre ebenso wie weitere konkrete innerschulische wie außerschulische Angebote für diese Zielgruppe nicht ohne zusätzliche finanzielle Mittel zu realisieren. Wir brauchen angesichts der Flüchtlingskrise Investitionen für zusätzliche,

speziell für diese Adressaten entwickelte Angebote politischer Bildung.

3. Die „Wiederkehr der Götter“ (Graf 2004)

Religion ist, in globaler Perspektive betrachtet, wieder zu einem politisch relevanten Faktor geworden. Verschwunden war sie ohnehin nie. Spätestens seit auch Jürgen Habermas von der „postsäkularen Gesellschaft“ spricht, wird von den Sozialwissenschaften klarer gesehen, dass die in Westeuropa lange populäre Vorstellung, Religion sei eine Art Relikt vormoderner Gesellschaft und die Moderne werde dieses Relikt immer mehr zum Verschwinden bringen, eine Illusion war. Die Gründe für den europäischen Sonderweg in dieser Frage kann ich hier nicht erörtern. Aber es dürfte zu erwarten sein, dass sich auch für die westeuropäischen Gesellschaften die berühmte Gretchenfrage – wie hast du’s mit der Religion? – neu stellen wird. Sie wird sich wohl nicht mit dem Verweis beantworten lassen, das sei Privatsache, gehe die Öffentlichkeit nichts an und werde sich ohnehin durch die Säkularisierung erledigen. Auch die deutsche Gesellschaft wird nicht nur religiös pluraler werden; es wird auch der Anteil derer steigen, für die die Trennung von Religion und Öffentlichkeit kein attraktives Angebot ist. So zeigen etwa Studien zu Jugendkulturen junger Muslime in Deutschland, dass diese sich über weite Strecken nicht wesentlich von denen nicht-muslimischer Jugendlicher unter-

scheiden, mit Ausnahme des Stellenwerts von Religion für das eigene Selbstverständnis.

Für die politische Bildung ergibt sich aus alledem die Notwendigkeit, sich weit stärker als in den letzten Jahrzehnten für Religion und deren politische Relevanz zu interessieren. Dafür sollte vor allem die Fächergruppe des Religionsunterrichts als Partner für Erfahrungsaustausch, Kooperation und fächerübergreifendes Lernen neu in den Blick genommen werden. In den 1970er-Jahren gab es entsprechende Ansätze, die später aber in Vergessenheit geraten sind. Ein erster Neuan-satz mit einer großen Tagung im Jahr 2008 (Juchler 2009) hat noch keine größeren Weiterungen nach sich gezogen, an ihn könnte aber angeknüpft werden – warum zum Beispiel nicht mit einem Bundeskongress?

Alle drei Herausforderungen, die ich angesprochen habe, werden sich schwerlich mit einem Griff in die Werkzeugkiste eines fachlichen Kompetenzrasters bewältigen lassen. Sie verweisen auf komplexe Bildungsaufgaben. In didaktischer Hinsicht stehen sie an Schnittpunkten zwischen den Lebenswelten unserer Adressaten und großen politischen Herausforderungen. So gilt auch für das 21. Jahrhundert das, was im Jahr 1891 der neu gewählte Rektor der Universität Wien in einer großen Inaugurationsrede mit Blick auf das 20. Jahrhundert sagte: „Dieses ... Jahrhundert ... wird ein politisches Jahrhundert sein.

Wer ihm gewachsen sein will, wird politischer Bildung bedürfen.“ (Exner 1892, 31f.)

Literatur

- Biskupek, Sigrd: Transformationsprozesse in der politischen Bildung. Von der Staatsbürgerkunde zum Politikunterricht in den neuen Ländern. Schwalbach/Ts. 2002
- Dahrendorf, Ralf: Bildung ist Bürgerrecht. Plädoyer für eine alternative Bildungspolitik. Hamburg 1965
- Deutsche Vereinigung für Politische Bildung (Hrsg.): Politische Bildung in den Achtzigerjahren. Erster Bundeskongress für Politische Bildung – Gießen 1982. Stuttgart 1983
- Dürr, Karlheinz: Die Projekte zur berufsbegleitenden Qualifizierung von Politiklehrern in den neuen Bundesländern (1991 - 1999). In: Wallraven, Klaus-Peter (Hrsg.): Handbuch politische Bildung in den neuen Bundesländern. Schwalbach/Ts. 2003
- Exner, Adolf: Über politische Bildung. Rede gehalten bei Übernahme der Rektoratswürde an der Wiener Universität. 3. Ausgabe, Leipzig 1893
- Frech, Siegfried/Juchler, Ingo (Hrsg.): Dialoge wagen. Zum Verhältnis von politischer Bildung und Religion. Schwalbach/Ts. 2009
- Gagel, Walter: Politische Didaktik: Selbstaufgabe oder Neubestimmung? In: Gegenwartskunde 3/1986
- Graf, Friedrich Wilhelm: Die Wiederkehr der Götter. Religion in der modernen Kultur. München 2004
- Graf, Friedrich Wilhelm: Götter global. Wie die Welt zum Supermarkt der Religionen wird. München 2014
- Korte, Hermann: Eine Gesellschaft im Aufbruch. Die Bundesrepublik Deutschland in den sechziger Jahren. Neuaufgabe, Wiesbaden 2009
- Lanier, Jaron: Warum wollt ihr unseren Quatsch? Interview mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, in FAZ vom 3.7.2015 (print und online)
- Lessing, Clemens: Politisches Handeln für die politische Bildung – Zur Geschichte der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung. In: George, Siegfried/Sander, Wolfgang (Hrsg.): Demokratie-Lernen als politische und pädagogische Aufgabe. Für Kurt Gerhard Fischer zum 60. Geburtstag. Stuttgart 1988
- Mambour, Gerrit: Zwischen Politik und Pädagogik. Eine politische Geschichte der politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland. Schwalbach/Ts. 2007
- Massing, Peter: Politische Bildung im Prozess der deutschen Vereinigung. In: Sander/Steinbach 2014
- Picht, Georg: Die deutsche Bildungskatastrophe. Analyse und Dokumentation. Olten und Freiburg 1964
- Sander, Wolfgang: Politik in der Schule. Kleine Geschichte der politischen Bildung in Deutschland. 3., aktual. Aufl., Marburg 2013
- Sander, Wolfgang/Steinbach, Peter (Hrsg.): Politische Bildung in Deutschland. Profile, Personen, Institutionen. Bonn 2014
- Schirrmacher, Frank (Hrsg.): Technologischer Totalitarismus. Eine Debatte. Berlin 2015

Bundeskongresse für politische Bildung

1. Buko	18.–20. Februar 1982, Gießen	„Erster Bundeskongress für Politische Bildung“
2. Buko	23.–25. Februar 1984, Berlin	„Jugend und Politik“
3. Buko	29.–31. Oktober 1986, Kehl u. Straßburg	„Politische Bildung in und für Europa“
4. Buko	23.–25. Februar 1989, Recklinghausen	„Herausforderungen in der Industriegesellschaft“
5. Buko	12.–14. September 1991, Hannover	„Aufbruch zur Demokratie“
6. Buko	10.–12. März 1994, Erfurt	„Verantwortung in einer unübersichtlichen Welt – Aufgaben wertorientierter Politischer Bildung“
7. Buko	13.–15. März 1997, Würzburg	„Gesellschaftliche Modernisierung und Politische Bildung“
8. Buko	16.–18. März 2000, Potsdam	„Internationalisierung von Wirtschaft und Politik“
9. Buko	06.–08. März 2003, Braunschweig	„Dialog der Kulturen – Politik, Gerechtigkeit, Menschenrechte“
10. Buko	02.–04. März 2006, Mainz	„Die Mediengesellschaft: Zwischen Inszenierung und Information“
11. Buko	12.–14. März 2009, Halle (Saale)	„Entgrenzungen – Gesellschaftlicher Wandel in Vergangenheit und Gegenwart“
12. Buko	21.–24. Mai 2012, Berlin	„Partizipation“
13. Buko	19.–21. März 2015, Duisburg	„Ungleichheiten in der Demokratie“

Hans-Joachim von Olberg

Die Gründung der „Vereinigung für staatsbürgerliche Bildung und Erziehung“ vor dem 1. Weltkrieg

War sie eine Vorläuferin der DVPB?

Vor 106 Jahren, am 26. September 1909 wurde in Goslar von 20 Personen die „Vereinigung zur staatsbürgerlichen Erziehung des deutschen Volkes“ gegründet. Ist dieser Verband, der dann auf einer Hauptversammlung am 29. April 1911 in „Vereinigung für staatsbürgerliche Bildung und Erziehung“ (VStBE) umbenannt worden ist, eine Art erster Vorläufer eines Fachverbandes für politische Bildung, wie er 1965 vor nunmehr 50 Jahren mit der „Deutschen Vereinigung für politische Bildung“ (DVPB) geschaffen wurde? Zweifellos hat die VStBE in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg als eine öffentlichkeitswirksame Organisation gehandelt, die sich für bürgerkundliche Lernangebote im Bildungswesen des wilhelminischen Kaiserreichs eingesetzt hat. Aber rechtfertigt dies, dass sich die DVPB in diese Traditionslinie stellt? Und darf eine Vereinigung für politische Bildung sich in der

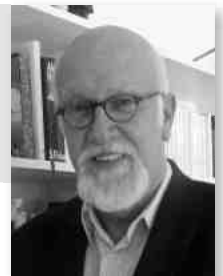
Kontinuität zu einer Staatsbürgerkunde-Vereinigung sehen?

Die Forschungslage zur Entstehungsgeschichte der VStBE ist sehr dürftig. Bekannt ist, dass 1909 Prof. Geffken von der Handelshochschule Köln zum ersten Vorsitzenden gewählt wurde; wir wissen aber nicht genau, wer die übrigen 20 Mitglieder der Gründungsversammlung waren. Man kennt nur drei Verbände, die Vertretungen zu ihr geschickt haben: Der Kyffhäuser-Verband, der Verein deutscher Studenten und der Turner-Verband (vgl. Vereinigung 1914b, S. 13); alle drei stammen aus der Fülle von konservativen, deutschnationalen Vereinen und Verbänden, die der Gesellschaft des Wilhelminismus ihr eigentümlich reaktionäres Gepräge gegeben haben. Vorangegangen war der Goslarer Gründung ein Vortragsabend Ende 1908 in Düsseldorf, zu dem der dortige Oberbürgermeister Wilhelm Marx eingeladen hatte (vgl. Spenkuch 2012, Band 3.1, S. 312). Den Ton auf dieser Versammlung bestimmte ein preußischer Regierungsrat namens Karl Negenborn; er referierte, „vaterländische Erziehung müsse Ziel für die Schulpolitik sein, und dazu seien Lehrpläne zu ändern und Lehrer auszubilden. Erst ein Volk, dass diese politische Bildung habe, falle nicht auf die Parolen der Sozialdemokratie herein, sei staatspolitisch geeint und fähig zu Erfolgen, in Weltpolitik und Weltökonomie“ (ebenda).

In einer „Immediateingabe“ an den Kaiser machte sich auch der „Alldeutsche Verband“ am 23. September 1908 die Argumentation Negeborns zu eigen und leitete ihm neben einer einstimmig gefassten Entschliebung seiner Hauptversammlung über „Die Notwendigkeit staatsbürgerlicher Erziehung“ auch eine Broschüre Negenborns zu (Spenkuch 2012, Band 3.2, S. 336f.; Negenborn 1908). Hier fordert dieser nationalistische Verein die Einführung staatsbürgerlicher Unterrichtsge-

genstände in Volksschulen, Mittelschulen, höheren Schulen und Hochschulen, um sowohl der „sträflichen Gleichgültigkeit und Teilnahmslosigkeit der gebildeten Schichten“ sowie auch der „vaterlandslosen Verhetzung der Volksschichten“ (Spenkuch 2012, Band 3.2, ebenda) entgegenzuwirken. Auch Oberbürgermeister Wilhelm Marx setzte sich am 8. Januar 1909 in einer Eingabe an das preußische Kultusministerium für die Verbesserung politische Schulbildung ein (Geheimes Staatsarchiv Berlin-Dahlem; PK, 1 HA, Rep.77, Tit. 1124 Nr. 27, Bl. 92-96v, Anlage Bl. 1-3). Aber in einer abschließenden Stellungnahme an den

Hans-Joachim von Olberg ist Lehrbeauftragter an der Fachhochschule und der Universität in Münster sowie Redakteur von POLIS.



preußischen Ministerpräsidenten (und Reichskanzler) Bernhard Fürst von Bülow zu diesem Vorgang zeigte sich das Kultusministerium abweisend: „Man soll doch nicht glauben, daß mit der bloßen Aufnahme staatswissenschaftlicher Kenntnisse die politische Bildung geschaffen werde. Sie ist überhaupt nicht das Ergebnis von Wissen und Gelehrsamkeit, sondern vielmehr die Frucht langer historischer Prozesse, in denen wir Deutsche mitten inne stehen. Auch ist es ein Irrtum anzunehmen, daß „nur die Schule die Gewähr einer von Parteileidenschaften freien, rein sachlichen Belehrung zu bieten vermöge“ (vO: Zitat aus der Eingabe Marx) (Spenkuch 2012, Band 3.2, S. 338f.).

Die Regierung verteidigte damit den Status quo der minimalen Verankerung staatsbürgerlichen Unterrichts an preußischen Schulen Anfang des 20. Jahrhunderts, der lediglich eine einzige Unterrichtseinheit Staatsbürgerkunde im Rahmen des Geschichtsunterrichts in der Oberstufe von höheren Schulen und das Fach Berufs- und Bürgerkunde an Fortbildungsschulen vorsah. In diese Situation fällt die Gründung der VStBE (vertiefend zur Staatsbürgerkunde im Deutschen Reich zwischen 1871 und 1918: Sander 2010, S. 37-52; einen zeitgenössischen Überblick zu anderen deutschen Ländern gibt Messer 1912, S. 53-134).



Otto von Hentig (1852–1934), Staatsminister a.D., war vor 1914 1. Vorsitzender der Vereinigung für staatsbürgerliche Bildung und Erziehung



Georg Kerschensteiner (1854–1932). Der Reformpädagoge engagierte sich zeitweise als stellvertretender Vorsitzender der Vereinigung für staatsbürgerliche Bildung und Erziehung.

Vielfältige Maßnahmen der Vereinigung

Zwischen 1909 und 1914 entfaltet die Vereinigung vielfältige und rege Aktivitäten. In Berlin wird eine Geschäftsstelle eingerichtet, der ehemalige Staatsminister des Fürstentums von Sachsen-Coburg/Gotha, Otto von Hentig (der Großvater von Hartmut von Hentig) wird zum Vorsitzenden und der prominente Reformpädagoge Georg Kerschensteiner zu seinem Stellvertreter bestellt, ein „Mitteilungsblatt“ und eine Schriftenreihe werden herausgegeben, Fortbildungskurse veranstaltet, eine Fachbibliothek in der Geschäftsstelle aufgebaut und ein Preisausschreiben für besonders gelungene methodische und thematische Beispiele staatsbürgerlicher Belehrung durchgeführt (siehe: Friedrich/Rühlmann 1911; S. 77f.; Vereinigung 1914b, passim). Leider konnten bislang die Archivalien der VStBE nicht aufgefunden werden; auch das „Mitteilungsblatt“ der VStBE ist bis dato in keiner Bibliothek entdeckt worden.¹ Für die weitere Forschung bleibt also noch viel zu tun.

An vier Aktivitätsbereichen kann aber vorläufig und exemplarisch die Öffentlichkeitswirksamkeit der VStBE charakterisiert werden: Bis 1913 gibt sie 10 Themen-Hefte einer eigenen Schriftenreihe heraus, die den Stand der staatsbürgerlichen Erziehung in Dänemark, Frankreich, der Schweiz und den

Niederlanden analysieren, ihre Gestaltung in den höheren Schulen, in den Lehrerseminaren, in den Volksschulen, Mittelschulen und Fortbildungsschulen behandeln sowie Unterrichtsinhalte wie die Agrarwirtschaft und eine Landeskunde Elsaß-Lothringens aufbereiten (Anzeige des Teubner-Verlags in: Foerster 1914, Beilage S. 2). Autor zweier Hefte ist der Leipziger Oberlehrer Dr. Paul Rühlmann, der später in der Weimarer Republik Oberregierungsrat in der Reichsregierung sowie Professor wird. Rühlmann ist Vorstandsmitglied der VStBE und Autor einer Konzeption politischer Bildung (Rühlmann 1908), die abweichend vom Mainstream des Staatsbürgerkunde-Diskurses vor 1918 eine eher liberale und demokratische Position vertritt und nicht nur den Staat, sondern ein weites Verständnis des politischen Lebens zum Gegenstand seines pädagogischen Konzeptes macht.

In der Erwartung, der staatsbürgerlichen Erziehung einen gleichberechtigten Platz neben dem Geschichtsunterricht zu sichern, gibt Rühlmann neben Fritz Friedrich ab 1911 die neue Zeitschrift „Vergangenheit und Gegenwart. Zeitschrift für den Geschichtsunterricht und staatsbürgerliche Erziehung in allen Schulgattungen“ heraus. Aber seine Hoffnung trügt; bis 1944 erscheint diese Zeitschrift als Organ des Geschichtslehrerverbandes und Fragen der staatsbürgerlichen oder politischen Bildung werden allenfalls als Teilthemen innerhalb des Faches Geschichte angerissen. Die VStBE hat in einigen deutschen Städten (z.B. Berlin, Bielefeld, Köln) zwischen 1910 und 1913 Vortragsreihen organisiert, die der Fortbildung von Pädagogen und der Verbreitung des Gedankens der staatsbürgerlichen Erziehung dienten. Zum Beispiel wurden im Rahmen der seit vielen Jahren berühmten pädagogischen Ferienkurse an der Universität Jena unter der Leitung des Pädagogikprofessors Wilhelm Rein, zu denen hunderte von Teilnehmer/innen – etwa zur Hälfte auch aus dem Ausland – anreisten, „Sonderkurse zur staatsbürgerlichen Bildung und Erziehung“ für jeweils ca. 200 Personen angeboten. Es fällt auf, dass der Anteil volkswirtschaftlicher, rechtswissenschaftlicher und historischer Themen und Referenten aus dem Hochschulbereich an der Liste der Vorträge ausgesprochen hoch ist (Vereinigung 1914b, S. 8–10). Selbstständige Disziplinen der Soziologie oder der Politikwissenschaft, die fachwissenschaftliche

Grundlagen für die der politischen Bildung hätten aufbereiten können, gab es nämlich zu jener Zeit allenfalls in ersten Ansätzen.

In äußerst repräsentativem Rahmen veranstaltete die VStBE dann im Festsaal des preußischen Abgeordnetenhauses am 25. und 26. April 1913 in Berlin die „1. Deutsche Konferenz für staatsbürgerliche Bildung und Erziehung“. Staatsminister Otto von Hentig als Vorsitzender und das Mitglied des Reichstags Georg Kerschensteiner als dessen Stellvertreter hatten eingeladen und 600 Personen aus vielen Kreisen der wilhelminischen Gesellschaft kamen.

Zeitgenössische politische Pädagogik

Den Staatsbürgerkundediskurs dieser Epoche durchzieht ein staatszentrierter Politikbegriff. Überall müssen wir feststellen, dass die Begriffe „staatsbürgerliche Erziehung“ und „politische Bildung“ nebeneinander, ja durcheinander benutzt werden. Mit dem äußerst prominenten und einflussreichen Historiker Heinrich von Treitschke, der mehrmals Vorlesungen über „Politik“ gehalten hat und diese auch in einem vielfach aufgelegten Buch publiziert worden sind, wird unter Politik im wilhelminischen Standardsprachgebrauch die Staatskunst der großen Männer im Umgang mit Macht verstanden. Niemand hat dies besser zum Ausdruck gebracht als Thomas Mann in seinen Unpolitischen Betrachtungen (Berlin 1918): „Als Knabe personifizierte ich den Staat gern in meiner Einbildung, stellte ihn mir als eine strenge, hölzerne Frackfigur mit schwarzem Vollbart vor, einem Stern auf der Brust und ausgestattet mit einem militärisch-akademischen Titelgemisch, das seine Macht und Regelmäßigkeit auszudrücken geeignet war: als General Dr. von Staat.“ Politik wurde auf den Staat reduziert. Die ganze Herrschaftszeit Kaiser Wilhelm II. (1888–1918) ist von einer lebhaften Debatte um die Ausgestaltung staatsbürgerlicher Erziehung und ihre Berücksichtigung im Unterricht geprägt. Es beginnt mit dem Paukenschlag der „allerhöchsten Ordre“ Wilhelms II. von 1889, die klar auf die Instrumentalisierung des Schulunterrichts zur Bekämpfung der Sozialdemokratie zielt und eine verstärkte Behandlung volkswirtschaftlicher Themen einfordert, um die angeblichen Verdienste der preußischen Herrscher zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiterschaft herauszustreichen. Diese Erwartungen von oben sind ganz

eindeutig politisch motiviert und lösen trotzdem in der pädagogischen Fachpresse eine intensive und kontroverse Diskussion aus. Es ist bemerkenswert, dass dieses Thema auch von einer dichten und vielstimmigen Serie von Publikationen zur politischen Pädagogik begleitet wird. Man wird in ihnen noch nicht die Anfänge einer eigenständigen Didaktik politischer Bildung sehen können, aber diese pädagogischen Konzepte schulischer und außerschulischer politischer Bildung und Staatsbürgerkunde sind gleichwohl gedankliche Voraussetzungen für ihre spätere Entwicklung. Eingezwängt zwischen den Dauerversuchen obrigkeitlicher Funktionalisierung und dem Dogma, dass staatsbürgerliches Lernen fachlich nur im Rahmen des Geschichtsunterrichts gedacht werden darf, wird ein ganzes Spektrum von Varianten politischer Pädagogik entworfen (Überblick bei: Detjen 2007; S. 51–69). Aber über ein selbstständiges Unterrichtsfach Politik wagt man sich nur ansatzweise Gedanken zu machen. So entwirft bereits 1889 der Spätherbartianer Friedrich Wilhelm Dörpfeld eine Gesellschaftskunde bestehend aus Inhalten der Ethik, der Psychologie, der Arbeitslehre und der Sozialkunde für die Volksschulen als notwendige Ergänzung des Geschichtsunterrichts (Dörpfeld 1963). Im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts werden dann in auffälliger Konzentration um 1912 weitere Theorien publiziert, von denen am bekanntesten wohl Georg Kerschensteiners These von der staatsbürgerlichen Erziehung durch Berufsbildung ist. Kerschensteiner wird auch heute noch mit seinen Vorstellungen zur Arbeitsschule und zum Arbeitsunterricht zu den Hauptvertretern der Reformpädagogik gezählt. Er sieht auf der Folie eines vormodernen Arbeitsverständnisses in der Parallelität zwischen dem Erwerb von Arbeitstugenden und der Entfaltung öffentlichen Tugenden den Schlüssel zur politischen Integration der Jugend in die bestehende Wilhelminische Gesellschaft (Kerschensteiner 1912). Seine Positionen als Stadtschulrat von München und liberaler Reichstagsabgeordneter machen ihn zu einem idealen Repräsentanten der VStBE. Ganz im Unterschied zu dem Außenseiter Friedrich Wilhelm Foerster, der seine Vorstellungen von staatsbürgerlicher Erziehung und politischer Pädagogik (Foerster 1910) auf der Grundlage christlicher Ethik entwirft. Die konstruktive Rezeption angloamerikanischer Sozialpädagogik

und seine pazifistische Grundhaltung machen ihn aber – obwohl er in der VStBE mitarbeitet – zu einem Einzelgänger. Auch innerhalb der bürgerlichen Frauenbewegung macht man sich Gedanken über die politische Bildung der weiblichen Bevölkerung. Helene Lange, die auch am 1. Kongress der VStBE teilnimmt, tritt im Rahmen ihres rastlosen Engagements zur Frauenbildung für eine Erziehung zur Politik primär durch allgemeine Mitwirkung an bürgerchaftlicher Selbstverwaltung und Sozialarbeit und weniger durch staatsbürgerlichen Unterricht ein (Lange 1912).

Von hervorzuhebender Bedeutung für die Geschichte eines eigenständigen didaktischen Zugangs zur explizit auch so genannten Politischen Bildung ist Paul Rühlmann. Er dimensioniert sie untrennbar in politisches Denken, politisches Wissen und politisches Wollen (Rühlmann 1908, S. 30) und skizziert auch methodische Wege politischen Lehrens und Lernens. Rühlmann ist einer der Aktivisten der VStBE, es gelingt ihm aber nicht in ihr grundlegenden Einfluss zu gewinnen. Eine weitere Randstellung in der Debatte um staatsbürgerkundliche Erziehung nimmt der Bremer Volksschullehrer und reformpädagogische Schriftsteller Fritz Gansberg ein. Aber er hebt einen Akzent hervor, den auch schon Dörpfeld und Foerster betont haben: Selbstverwaltung der Schulgemeinde, Schülermitbestimmung und die „Demokratisierung des Unterrichts“ (Gansberg 1911, S. 3) gehören für ihn zur Förderung selbsttätigen Lernens der Schüler/innen.

Vor dem Horizont dieser lebendigen Erörterung von pädagogischen Möglichkeiten politisch-staatsbürgerlicher Erziehung in den Jahren vor dem 1. Weltkrieg nimmt sich nun das Programm der VStBE eigentümlich starr, gravitativ und affirmativ aus. In seinem Geleitwort zum ersten Heft der Zeitschrift „Vergangenheit und Gegenwart“ hat der VStBE-Vorsitzende Otto von Hentig bereits ein Leitmotiv herausgestellt: Es gelte „die pflichtfreudige Arbeit am Staat ... durch Hingabe und Opfersinn“ zu fördern (Friedrich/Rühlmann 1911, S. 7). In § 3 der Satzung heißt es dann, „Zweck der V.f.st.B.u.E. ist, fern von parteipolitischen und konfessionellen Bestrebungen, die staatsbürgerliche Bildung im deutschen Volke zu fördern, namentlich auf die Erziehung der heranwachsenden Jugend zum Verständnis der Grundlagen unseres staatlichen Lebens, zu vaterländischem Verantwortungsgefühl und

staatsbürgerlichem Pflichtbewußtsein zu wirken.“ (Vereinigung 1914b; 1. Umschlagseite). Ausdrücklich schließt sie an die Tradition der Nationalbildung nach Johann Gottlieb Fichte und Friedrich Ludwig Jahn zur Zeit der Befreiungskriege an, „daß zur Gesundung des Volkes im Inneren und zur Erstarkung des Deutschtums nach außen eine planmäßige Erziehung zum Staatsbürger erforderlich sei“ (ebenda, S. 2). Maxime des Erziehungsverständnisses sei, „strengste Neutralität“ und „objektive Urteilsbildung“ auf „eine feste wissenschaftliche Grundlage“ zu stellen (ebenda,



Helene Lange (1848–1930) setzte sich als Repräsentantin des gemäßigten Flügels der Frauenbewegung für die politische Bildung von Frauen ein.

S. 3). „Als höchstes Ziel staatsbürgerlicher Erziehung gilt uns die Weckung einer ethisch begründeten Staatsgesinnung, die jeden Bürger mit Achtung erfüllt vor der Hoheit des Staatsgedankens“, heißt es in der Programmschrift (ebenda, S.4.) und in den Worten von Otto von Hentig: „Die Liebe zum Vaterland und ... das Gefühl bedingungsloser Pflichterfüllung gegen seinen Staat müssen als sittliche Forderung Gemeingut aller Glieder der Kulturnation werden (Vereinigung 1914a; S. 4). Offenbar soll Werbung gemacht werden für den wilhelminischen Staat, den man oberhalb von allem Parteienstreit und allen Interessenkonflikten stehend sieht. Explizit wird sogar die Sozialdemokratie in dieses Verständnis der VStBE einbezogen; Kerschensteiner sagt

in seinen Abschlussworten zum 1. Kongress 1913: „Alle Parteien ohne Ausnahme, von den Konservativen bis zu der sozialdemokratischen Partei haben das gleiche Interesse, in einem kräftig aufblühenden Staatswesen für staatsbürgerliche Erziehung ihrer Angehörigen zu sorgen“ (Vereinigung 1914a, S.99). Schaut man auf die Liste der Vorstandsmitglieder der VStBE, so fallen zunächst die vielen Regierungsräte, Professoren, Schulleiter und Unternehmer auf; Paul Rühlmann ist der einzige Pädagoge der politischen Bildung unter ihnen (Vereinigung 1914b; S. 17). Die Mitgliederliste des Ehrenausschusses der 1. Konferenz von 1913 liest sich wie ein „who is who“ der Staatsspitze: Vom Kammerherr des Kaisers über einen Generalfeldmarschall und den Vizepräsidenten des Reichstags bis zum Generaldirektor eines Konzerns ist alles vertreten, was Rang und Namen hat. Unter den 581 Teilnehmer/innen der Konferenz befinden sich hingegen nur 34 Oberlehrer und Lehrer sowie 16 Oberlehrerinnen und Lehrerinnen (ebenda, S. 11f.). Von der sozialen Zusammensetzung ist die VStBE ein Honoratiorenverband und keine pädagogische Vereinigung und auch kein Fachwissenschaftlerverband. Allenfalls die Staatswissenschaften (Geschichte, Volkswirtschaftslehre, Staatsrecht) sind vertreten, pädagogische Wissenschaftler, die sich mit der Untersuchung und Ausgestaltung der po-

litischen Bildung befassen, gibt es ja an den Universitäten noch nicht; ebenso wie noch keine Fachlehrer an den Schulen für dieses Lehrgebiet existieren, die sich organisieren könnten. Die Vereinigung ist auch kein Interessenverband für die Etablierung der politischen Bildung, insofern verwundert es dann auch nicht, dass sie weder die Einrichtung eines eigenen Unterrichtsfaches noch eines entsprechenden Studiengangs fordert. Schon die intentionale und inhaltliche Ausrichtung der VStBE lassen Zweifel daran aufkommen, ob Sie eine Vorläuferin der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung (DVPB) genannt werden kann. Sie vertritt kein Konzept für die Bildung der Bürger zu Selbstbestimmung und politischen Partizipation; sie hat vielmehr eine affirmatives Staatsverständnis und keinen Begriff von Gesellschaft und Demokratie. Aber die soziale Struktur und die Programmatik der VStBE schließen es vollends aus, sie positiv in die Organisationsgeschichte der DVPB einzuordnen. Sie ist lediglich eine Honoratiorenvereinigung mit einem caritativen Selbstverständnis zur Stützung der real existierenden wilhelminischen Herrschaftsordnung durch obrigkeitliche Gesinnungsbildung und bleibt insofern Episode. Über die Weiterarbeit der VStBE während der Zeit des 1. Weltkrieges und der Weimarer Republik ist bislang auch nichts bekannt.

Anmerkung

- 1 Ich bedanke mich herzlich für viele Hinweise auf Aktenbestände des preußischen Kultusministeriums zum Thema der staatsbürgerlichen Erziehung bei Hartwin Spenkuch von der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften.

Literatur

- Detjen, Joachim (2007): Politische Bildung. Geschichte und Gegenwart. München/Wien: Oldenbourg Verlag.
- Dörpfeld, Friedrich Wilhelm (1963): Die Gesellschaftskunde eine notwendige Ergänzung des Geschichtsunterrichts (1889). Auszüge in: F. W. Dörpfeld: Ausgewählte pädagogische Schriften, hrsg. von Albert Reble. Paderborn: Schöningh Verlag, S. 103-118.
- Foerster, Friedrich Wilhelm (1910): Staatsbürgerliche Erziehung. Leipzig/Berlin: Teubner Verlag (2. Aufl. 1914).
- Friedrich, Fritz/Rühlmann, Paul (Hrsg.) (1911): Vergangenheit und Gegenwart. Zeitschrift für den Geschichtsunterricht und staatsbürgerliche Erziehung in allen Schulgattungen, 1. Jg. Leipzig/Berlin: Teubner Verlag.
- Gansberg, Fritz (1911): Demokratische Pädagogik. Ein Weckruf zur Selbstbetätigung im Unterricht. Leipzig: Verlag Quelle & Meyer.
- Kerschensteiner, Georg (1912): Der Begriff der staatsbürgerlichen Erziehung. Leipzig/Berlin: Teubner-Verlag.
- Lange, Helene (1912): Wie lernen Frauen die Politik verstehen? Berlin: Moeser Verlag.
- Messer, August (1912): Das Problem der staatsbürgerlichen Erziehung – historisch und systematisch behandelt. Leipzig: Nernich Verlag.
- Negenborn, Karl (1908): Der Deutsche als Staatsbürger. München: Lehmann's Verlag.
- Rühlmann, Paul (1908): Politische Bildung. Ihr Wesen und ihre Bedeutung. Leipzig: Verlag Quelle & Meyer.
- Sander, Wolfgang (2010): Politik in der Schule. Kleine Geschichte der politischen Bildung in Deutschland. 2. Aufl. Marburg: Schüren Verlag.
- Spenkuch, Hartwin (2012): Die Kontroverse um staatsbürgerliche Bildung und Erziehung in Preußen (1901 bis 1933). In: Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften (Hrsg.): Das preußische Kultusministerium als Staatsbehörde und gesellschaftliche Agentur (1817-1934), Bände 3.1 und 3.2 (Acta Borussica. Neue Folge; 2. Reihe: Preußen als Kulturstaat). Berlin: Akademie Verlag; Band 3.1, S. 301-343; Dokumente in Band 3.2, S. 333-380.
- Vereinigung für staatsbürgerliche Bildung und Erziehung (1914a): Verhandlungen der ersten deutschen Konferenz für staatsbürgerliche Bildung und Erziehung am 25. und 26. April 1913 zu Berlin (Schriften der Vereinigung für staatsbürgerliche Bildung und Erziehung 12). Leipzig/Berlin: Teubner Verlag.
- Vereinigung für staatsbürgerliche Bildung und Erziehung (1914b): Ziele und Aufgaben der Vereinigung für staatsbürgerliche Bildung und Erziehung. 4. Ausgabe. Geschäftsstelle Berlin-Charlottenburg.



Festsaal im Preußischen Abgeordnetenhaus, in dem 1913 der erste Kongress für staatsbürgerliche Bildung und Erziehung abgehalten wurde. Das Bild zeigt hier eine KPD-Versammlung in den 20er Jahren.

Helmut A. Bieber

Die DVPB als Mindmap Hinweise zur Nutzung

Die DVPB wird 50! In diesen 50 Jahren ist eine Menge passiert, das die bundesrepublikanische Gesellschaft sehr verändert hat. Politische Bildung ist eine Notwendigkeit dieser Veränderungen.

Der Anfang als (selektive) Erinnerung:

NPD-Wahlerfolge in westdeutschen Landtagen, „Gegen den Krieg“ (Peter Weis), Auschwitzprozess, Notstandsgesetze, Kanzlerschaft Willy Brandt [„Mehr Demokratie wagen“], Heinrich Bölls Skepsis als moralische Instanz der Nation zu gelten, Rock & Politik, Kabarett mit Hildebrandt, Ausbürgerung Biermanns aus der DDR, Tschernobyl, Perestroika, Mauerfall, Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen, Bürgerkrieg in Jugoslawien, Asylgrundrecht, Erinnerungsdebatte M. Walser, Umweltzerstörung, 11. September 2001 [„Beginn einer neuen Zeitrechnung“], Destabilisierung des Nahen Ostens, Snowdens Enthüllungen, NSU-Untergrund, Flüchtlinge und europäische Wertegemeinschaft, Pegida, Freital, ...

In diesen Jahrzehnten hat sich die DVPB – organisiert als Bundesverband mit Landesverbänden – zu einem Fachverband der Politischen BildnerInnen entwickelt, der auf den verschiedensten Ebenen des Politischen Systems die Grundanliegen [s. Ziele, Selbstverständnis, ...] der Politischen Bildung vertritt und entsprechende Forderungen an die politischen Institutionen formuliert.

Aktuelle Beispiele aus der Verbandsarbeit:

– Aus welchen Gründen auch immer will eine Landesregierung die bisher offene Fächerkombination für das Lehramtsstudium am Berufskolleg reduzieren, indem Politik/Wirtschaft mit einem Allgemeinbildungsfach nicht mehr möglich sein soll. Interventionen der DVPB mit anderen Akteuren führten dazu, dass diese Engführung in der Vorlage für den Entscheidungsprozess im Landtag weggefallen ist.

- Der Bundesminister des Inneren – Aufsichtsbehörde der bpb – übt Zensur aus. Hintergrund: Der BdA missfällt eine Publikation: „Gesellschaft und Ökonomie“. Das aber eine staatliche Institution – aufgrund einer Lobbyintervention – zensuriert, das ist der eigentliche Skandal und bedarf der öffentlichen Aufarbeitung!
- Die grün-rote Landesregierung in Baden-Württemberg will ab dem Schuljahr 2016–17 das Fach „Wirtschaft/Berufs- und Studienorientierung“ im Rahmen des Bildungsplans 2016 einführen. Der baden-württembergische Partnerverband der DVPB wie auch Elternorganisationen plädieren für den Erhalt der Grundlagen politisch-ökonomischer Allgemeinbildung und wehren sich gegen ein Fach, das zu stark auf Wirtschaftsinteressen ausgerichtet ist. Gefordert wird ökonomisches Wissen und Handeln in politische, gesellschaftliche und ethische Zusammenhänge einzubetten.
- Die kleine Auswahl der Beispiele zeigt deutlich, wie (bildungspolitisch) richtig die DVPB mit ihrem „Transparenzkodex für Unterrichtsmaterialien“¹ liegt. Lobbyisten umwerben Schulen und Lehrkräfte so intensiv wie nie zuvor mit kostenlosen Unterrichtsmaterialien. Weil häufig nicht einmal die Urheberschaft entsprechender Lehr- und Lernmaterialien ersichtlich ist, dringen vermehrt einseitige Positionen in den Schulunterricht. Deshalb hat die Deutsche Vereinigung für Politische Bildung (DVPB) einen Transparenz-Kodex entwickelt. Der Kodex fordert die Kultusministerien auf, eine transparente Kennzeichnung von Unterrichtsmaterialien durchzusetzen. Zukünftig sollen alle in Schulen genutzten Materialien Angaben über Produzenten, Finanziern und unterstützende Organisationen enthalten. Es gehört zu den weiteren Arbeitsschwerpunkten der DVPB und ihrer Landesverbände, die Bildungsministerien weiterhin politisch zu sensibilisieren, dass die fachdidaktischen Standards und Kompetenzen wie auch die Regeln des Be-

telsbacher Konsenses nicht „praktisch“ unterlaufen werden. Angesichts eines bundesweit hohen Anteils von fachfremd erteiltem Politikunterrichts aber eine nicht zu unterschätzende Gefahr!

- Die aktuellen Ereignisse [EU – quo vadis?, Eurokrise, Flüchtlinge, Big Data, Klimawandel, Arbeit 4.0, Rechtsterrorismus, ...] zeigen, wie notwendig und systemrelevant die fachlich organisierte Politische Bildung für alle Bürger/Schüler und Bürgerinnen/Schülerinnen für die eigene kritische Urteilsbildung als auch für die Qualität der politischen Auseinandersetzungen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ist.

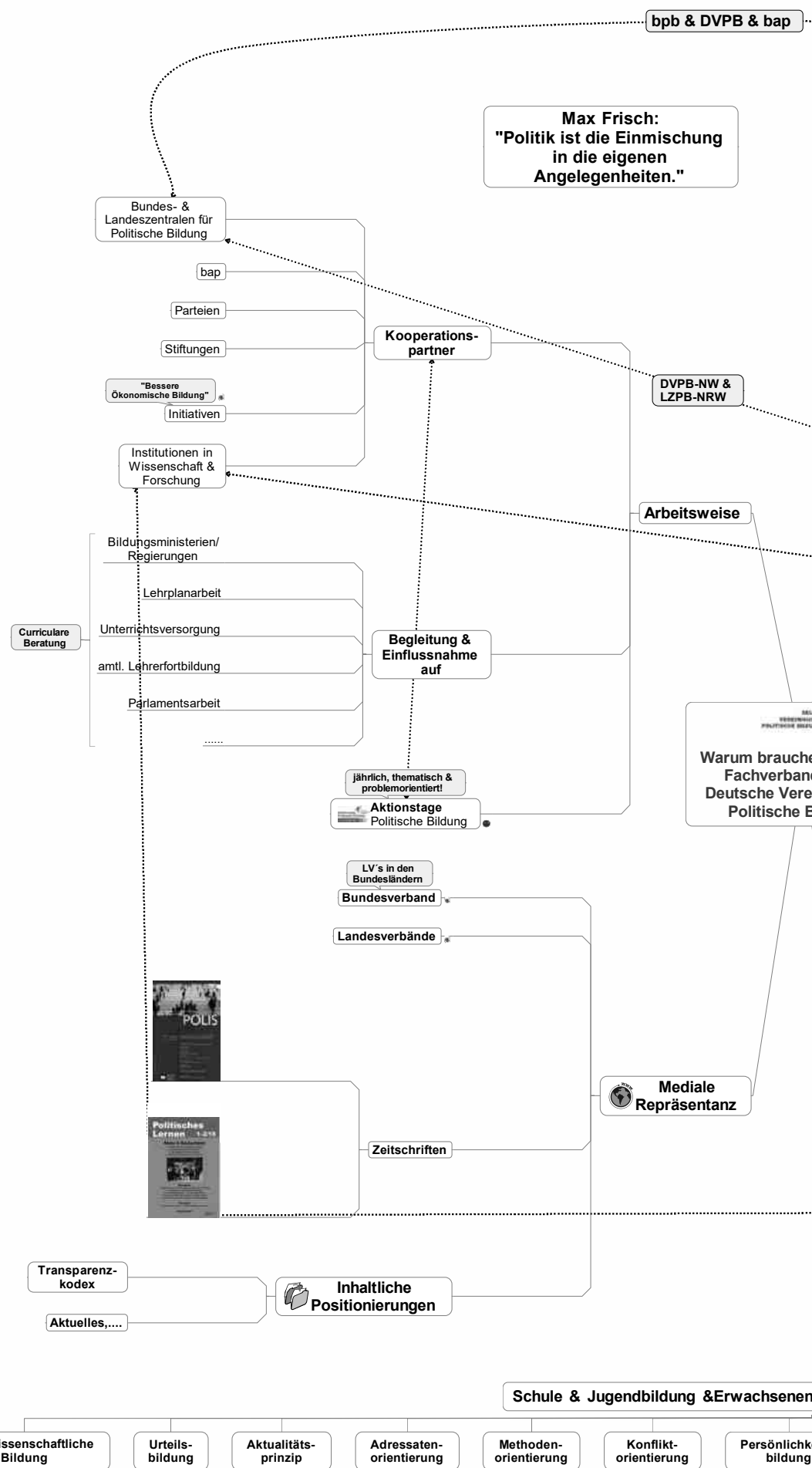
Die DVPB hat in einem aktuellen Positionspapier² „Politische Bildung für die Demokratie“ in Form eines „dialektischen Dreiklangs“ Notwendigkeit, Charakteristika sowie bildungspolitische Forderungen Politischer Bildung als Kernverständnis des Fachverbandes entwickelt.

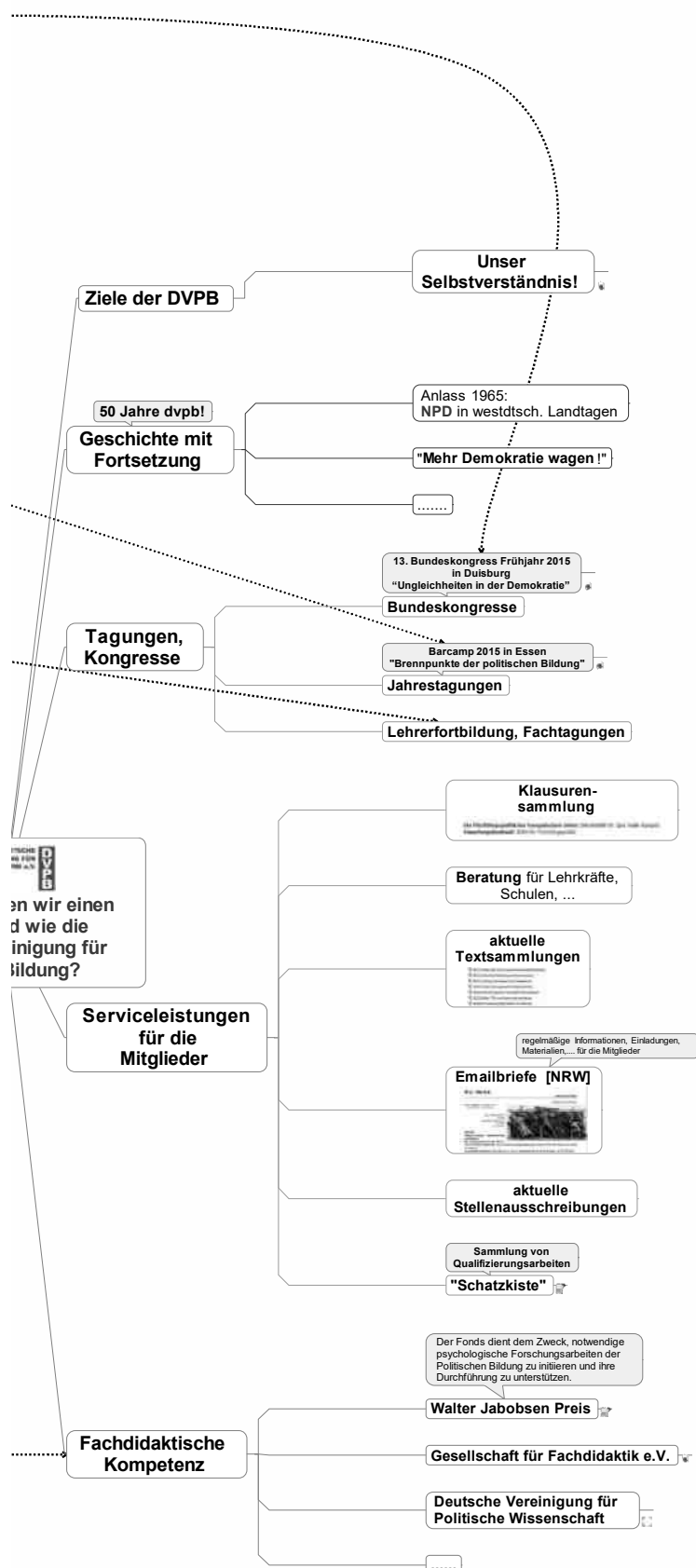
Wie die DVPB arbeitet, darüber gibt die Mindmap einen „sichtbaren“ Überblick. Diese finden Sie als heraustrennbare Vorlage im Heftinneren. Die Mindmap ist auch als PDF (interaktives Format Mindviewer³) auf der Homepage des Bundesverbandes und der Landesverbände [www.dvpb.de] hinterlegt. Die in der Mindmap hinterlegten [„Informationen zur Schatzkiste“] oder [z.B. <http://www.iboeb.org/>] können Sie so direkt öffnen!

Demokratie braucht Politische Bildung braucht engagierte DVPBlerInnen!

Anmerkungen

- 1 <http://dvpb.de/wir-ueber-uns/positionen/transparenzgebot> [06.11.2015]
- 2 <http://dvpb.de/wir-ueber-uns/positionen/positionspapier> verabschiedet am 24.11.2014 vom Erw. Bundesvorstand
- 3 „Mindviewer“ ist eine interaktive schreibgeschützte Map-Datei, die jeder öffnen kann auch wenn er nicht über Mindjet verfügt.





Politische Bildung & Demokratie & Partizipation





Herausforderungen der Politischen Bildung – Aufgaben der DVPB

Die Redaktion hat erfragt, welche Aufgaben sich der DVPB heute stellen. Hier lesen Sie fünf Antworten:

Dr. Hans-Peter Bartels:

Es gibt keine Tabula rasa

Beim Nachdenken über die Aufgaben der Politischen Bildung heute fällt uns gewiss vieles



Dr. Hans-Peter Bartels (Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages und bis Mai 2015 Mitglied des Deutschen Bundestags) ist beratendes Mitglied des Bundesvorstandes der DVPB.

ein, was dringend vermittelt werden muss. Dabei glauben wir gern, es genüge am Anfang anzufangen, bei Null – so als gäbe es tatsächlich die *tabula rasa*, auf der wir voraussetzungslos ein filigranes Gebäude politischen Zusammenhangswissens errichten könnten. Aber bei „Null“ finden wir keinen festen Grund. Außerhalb unseres politischen Bezugsrahmens gibt es außerdemokratische Vorerfahrungen und Einstellungsmuster, die ins politische Lernen hineinwirken. Und unterhalb von „Null“ existieren – quasi im demokratischen Minusbereich – vor- und antidemokratische Deutungen und Metaphern, die erst gesehen und aufgearbeitet werden müssen,

bevor etwa Demokratielernen erfolgreich sein kann. Zum Beispiel die suggestive Kraft der furchtbaren Kollektivsingulare: „das Volk“ (und ein entsprechend einheitlicher „Volks-wille“), „die Politik“ (die wesensfremd dem „Volk“ gegenübersteht) oder das „Parteizänk“ (das die jeweils eine, einzige, objektiv richtige Problemlösung verhindert).

Wir fangen in der Politischen Bildung niemals wirklich bei Null an!

An den Forschungs- und Vermittlungsfragen, die damit verbunden sind, sollte die DVPB weiter arbeiten und um Verbündete, zusätzliche Mittel und die notwendige Institutionalisierung werben.

Ulrich Bongertmann:

Vernetzung als Schlüssel zum Erfolg

Die politische Bildung steht vor großen Herausforderungen, die für den Bestand der Demokratie und einer modernen Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland von zentraler Bedeutung sind. Aktuell werden wir



Ulrich Bongertmann (Fachleiter für Geschichte und Latein am Studienseminar Rostock und Fachreferent im Bildungsministerium Mecklenburg-Vorpommern) ist Bundesvorsitzender des Verbandes der Geschichtslehrer Deutschlands (VGD).

durch die globale Migration aus verschiedenen Ursachen mehr denn je aufgerüttelt. Hier gilt es, menschenrechtliche Standards zu bewahren und für komplexe politische und soziale Fragen angemessene Antworten zu finden. Der Zusammenhang dieser Probleme mit der Zukunft der europäischen Integration ist offensichtlich. Schließlich aber müssen die Anerkennung von Grundrechten und das Demokratiebewusstsein – 25 Jahre nach der deutschen Vereinigung – in einem langwierigen Prozess gegen Demokratieskepsis, Extremismus und wachsende Gewaltbereitschaft gestärkt werden. Daneben unterliegen zahlreiche gesellschaftliche Bereiche von der Arbeitswelt bis ökologischen Situation einer dynamischen Veränderung, die besonders

junge Menschen begreifen und reflektieren müssen.

Die DVPB ist ein anerkannter Fachverband, der seine fachliche Kompetenz und seine Ressourcen in die Diskussion der schwierigen fachdidaktischen und pädagogischen Fragen einbringt, die mit den genannten Herausforderungen verbunden sind. Eine Vernetzung berufsbezogener Interessen der Lehrerinnen und Lehrer des Politik-/Sozialkundeunterrichts ist dringend geboten, da die politische Bildung keineswegs in der gebotenen Breite selbstverständlich im Schulunterricht verankert ist. Neben dem Geschichtsunterricht und dem Geographieunterricht garantiert das Fach eine kompetente Vermittlung und Reflexion relevanter gesellschaftlicher Probleme.

Dr. Gudrun Heinrich:**Brücken der Verständigung bauen**

Für die deutsche Gesellschaft deutet sich gegenwärtig eine zunehmende Polarisierung an. Die Zunahme der Flüchtlingsbewegung hat diese Spaltungslinien nicht hervorgerufen, sie hat diese aber klarer hervortreten lassen und deutlich vertieft. Politische Bildung kann dabei die Gräben nicht zuschütten, sie kann aber durch Information und die Vermittlung Toleranz und Analysekompetenz dazu beitragen, Brücken zu bauen.

Politische Bildung benötigt einen Raum, um wirken zu können. Für diesen Raum – den Platz von Politischer Bildung an Schule, Hochschule und in der Erwachsenenbildung – lohnt es sich zu kämpfen!

Die Chance der DVPB liegt in ihrer Doppelrolle als Fachverband einerseits, in dem sich die inhaltliche Expertise der Disziplin sammelt und als Interessenvertreterin der Politischen Bildung andererseits, als die sie sich zur Anwältin der qualitätvollen schulischen wie außerschulischen Politischen Bildung Gehör verschafft.

Annette Adam:**Politische Bildung als sozialwissenschaftliche Bildung stärken**

Politische Bildung muss als sozialwissenschaftliche Bildung begriffen werden – auch Wirtschaft hat direkt mit Politik zu tun (und umgekehrt) und auch Gesellschaft (Soziologie) hängt damit zusammen. Eine Zerteilung ist nicht möglich, sofern gesellschaftliches Lernen im Sinne einer anwendungsorientierten Allgemeinbildung auf das Leben vorbereiten soll. Gegenwärtig ist daran zu erinnern, dass auch die Integrationskurse für Flüchtlinge Politische Bildung umfassen müssen – auch MigratInnen darf Politische Bildung nicht vorenthalten werden.

Zur Stärkung der Politischen Bildung, der sich die DVPB verschrieben hat, gehört es gegenwärtig auch, die Öffentlichkeit über Versuche der Einflussnahme auf die Schule durch partielle Interessen aufzuklären. Wir engagieren uns in Sachsen-Anhalt für einen Transparenz-Kodex in noch allgemeinerer Form. Allgemein sollten wir als Interessenverband der Politischen Bildung öffentliche Diskussionen anstoßen und aktiv auf Politiker und Entscheidungsträger Einfluss nehmen. Nicht vergessen werden sollte, wie zielführend es für die Förderung der Politischen Bildung ist, wenn sich ihre Fürsprecher vernetzen. Ein wichtiger Partner sind nicht zuletzt die Bundeszentrale und die Landeszentralen für politische Bildung!

Dr. Gudrun Heinrich ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften der Universität Rostock sowie Vorsitzende des DVPB-Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern.
(c) Europ. Integrationszentrum



Annette Adam ist Fachlehrerin am Berufsschulzentrum „August von Parseval“ in Bitterfeld und Vorsitzende des DVPB-Landesverbandes Sachsen-Anhalt.



Dr. Michael Schröder ist Dozent an der Akademie für Politische Bildung Tutzing und Zweiter Vorsitzender des DVPB-Landesverbandes Bayern.

**Dr. Michael Schröder:****Raus aus dem Elfenbeinturm**

Die Fliehkräfte in unserer Gesellschaft, in Europa und der Welt nehmen zu. Das ist angesichts der weltweiten Flüchtlingsströme nicht nur wörtlich zu nehmen. Auch die sogenannten Montagsdemonstrationen der „Pegida“-Bewegung mit den unerträglichen Rufen „Wir sind das Volk!“ sind Ausdruck davon. Der Umgangston wird rauer und aggressiver. Auch in der politischen Bildungsarbeit stellen wir fest, dass in einer Weise und einer Tonart über Politik und ihre Mandatsträger gesprochen wird, die noch vor wenigen Jahren gesellschaftlich nicht akzeptiert worden wäre. Die derzeitige Krise der Europäischen Integration bietet einen idealen Nähr- und Resonanzboden für Extremisten und Revisionisten jeder Art. Deswegen muss Politische Bildung mehr denn je Politische (Urteils-) Bildung, politisches Orientierungswissen und politische Urteilskraft vermitteln. Die DVPB muss rein in die praktische Arbeit!

BDA stoppt kritische Publikation der bpb

POLIS im Gespräch mit der Projektleiterin und zwei Autoren

Im Februar 2015 ist bei der Bundeszentrale die Publikation „TuM Ökonomie und Gesellschaft“ erschienen. Die Publikation unter der Projektleitung von Prof. Dr. Zurstrassen und Prof. Dr. Lutter umfasst 12 Bausteine für den Unterricht zu politisch-ökonomischen Themen. Die Auswahl der Themen ist an den maßgeblichen Bildungsplänen für das allgemeinbildende Schulsystem orientiert.

In einem auf den 06.06.2015 datierten Brief beschwert sich Peter Clever, Mitglied in der Hauptgeschäftsführung der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), beim Präsidenten der Bundeszentrale für politische Bildung Thomas Krüger über den Band. Ausgehend von zwei Zitaten, die der 14 Materialseiten umfassenden Einheit „Lobbyismus als ‚fünfte Gewalt‘: Hinterzimmerpolitik oder pluralistische Notwendigkeit“ entnommen sind, kritisiert die BDA, dass „ein monströses Gesamtbild von intransparenter und eigennütziger Einflussnahme der Wirtschaft auf Politik“ gezeichnet werde (der Beschwerdebrief konnte bis zum Redaktionsschluss auf der Internetpräsenz der BDA abgerufen werden). Der Brief geht in Kopie an das Bundesinnenministerium, dem die bpb als Behörde unterstellt ist.

Ohne eine Entscheidung der bpb abzuwarten entspricht das Innenministerium der Bitte des mächtigen Lobbyverbandes, die Publikation aus dem Vertrieb zu nehmen. Als der Wissenschaftliche Beirat der bpb am 16.10.2015 tagt und über den TuM-Band berät, plädieren die Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen für eine Aufhebung des Vertriebsverbots. Die durch den Arbeitgeberverband an der Qualität der Publikation geäußerte Kritik wird vom Wissenschaftlichen Beirat zurückgewiesen. Trotzdem erhält das Innenministerium das Vertriebsverbot zunächst aufrecht. Vor diesem Hintergrund veröffentlicht die Deutsche Gesellschaft für Soziologie (DGS) am 23.10.2015 eine Stellungnahme, in der sie das Vertriebsverbot rügt. Die Stellungnahme der DGS wird von verschiedenen Medien aufge-

griffen und löst in den sozialen Netzwerken eine Protestwelle aus.

In der Folge kündigt das Bundesinnenministerium am 28.10.2015 eine Aufhebung des Vertriebsverbotes an. Seit Ende November liegt der Publikation ein Einleger bei, mit dem die LeserInnen über die weiteren Angebote der bpb „zu ökonomischen und sozioökonomischen Themen“ informiert werden.

Prof. Dr. Bettina Zurstrassen (Projektleiterin)

(1) Die BDA hat erfolgreich durchgesetzt, dass das Bundesinnenministerium den Vertrieb des TuM-Bandes Ökonomie und Gesellschaft verboten hat. Was sagen Sie dazu?

Die BDA, also die Bundesvereinigung deutscher Arbeitgeberverbände, hat eben nicht erfolgreich gegen den TuM-Band interveniert. Öffentlich haben die BDA und das BMI eine monströse Niederlage erlitten. Der Wissenschaftliche Beirat der bpb hat mit eindeutiger (!) Mehrheit für eine Aufhebung des Vertriebsverbots votiert. In der Stellungnahme der Bundespressekonzferenz wird die Niederlage der BDA und des Bundesinnenministeriums klein geredet, indem man von „mehrheitlich“ spricht. Das kann ja auch nur eine Stimme sein. Tatsächlich haben das Bundesinnenministerium und die BDA eine herbe Niederlage erlitten. Das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ spricht von einer „absurden Affäre“. Trotzdem werden BDA und BMI wohl vereint ihren Weg weitergehen und versuchen, kritische Perspektiven auf Wirtschaft zu verhindern.

(2) Hat das Bundesinnenministerium Sie vor Erlass des Vertriebsverbots befragt?

Nein, den Autoren und Autorinnen wurde keine Möglichkeit gegeben, vor Erlass des Vertriebsverbots Stellung zur Kritik zu nehmen. Bis heute haben sie keine Kenntnis, welche Kritik das Bundesinnenministerium

– abgesehen von der diffamierenden Kritik der BDA – übt und an welchen Passagen im TuM-Band Ökonomie und Gesellschaft das Bundesinnenministerium seine Kritik festgemacht. Das Protokoll der Beiratssitzung wird den Autorinnen und Autoren verwehrt. Offenbar soll nicht öffentlich werden, wie substanzlos die Kritik des Bundesinnenministeriums war. Der gesamte BDA-Zensurskandal ist rechtsstaatlich äußerst bedenklich.

(3) Wie kam es zur Aufhebung des Vertriebsverbots?

Das Vertriebsverbot ist auf der Grundlage des Berichts des Wissenschaftlichen Beirats und durch den öffentlichen Druck der Medien sowie der Bürgerinnen und Bürger, die sich gegen Zensur wehren, aufgehoben worden. Der Protest von Bürgerinnen und Bürgern gegen die von der BDA initiierte Zensur hat dazu geführt, dass der politische Druck auf das Bundesinnenministerium so hoch wurde, dass es den Erlass aufgehoben hat. Die Aufhebung des Vertriebsverbots ist damit ein Lehrstück gelebter Demokratie. Es zeigt eindrucksvoll, wie durch politische Partizipation Einfluss auf politische Entscheidungen genommen werden kann.

Prof. Dr. Tim Engartner (Autor)

(1) Worin liegt die Kritik der BDA an Ihrem Beitrag?

Vordergründig entzündet sich die Kritik an der vermeintlichen Einseitigkeit meines Beitrags. Dabei ist schon die Überschrift als Frage formuliert: „Hinterzimmerpolitik oder pluralistische Notwendigkeit?“ heißt es dort. Und auf mehreren Seiten wird die Entstehungsgeschichte des Lobbyismus von den 1870er-Jahren bis heute unter Einbeziehung der einschlägigen Fachliteratur in neutraler Form dargestellt. Das ist für jeden und jede nachzulesen! Tatsächlich scheint es der BDA um die Tabuisierung eines Phäno-

mens zu gehen, das niemand ernstlich leugnen kann: Lobbyismus. Dabei thematisieren die Medien beinahe jeden Tag die Nebentätigkeiten von Abgeordneten, die von Unternehmen an die Ministerien ausgeliehenen „Leihbeamten“ oder die „Seitenwechsler“, die von der Politik in die Wirtschaft wechseln. Und wer will ernstlich leugnen, dass die rund 1.000 Unternehmen und Stiftungen, die an Schulen tätig werden, nicht auch eigene Interessen verfolgen? Die BDA hat in ihrem Brief an die Bundeszentrale für politische Bildung selbst eingeräumt, dass es negative Einzelbeispiele gäbe, „wo jeweils ein Unternehmen unsachgemäß oder manipulativ auf Schulen oder Unterricht einzuwirken versucht“. Sodann schreibt Herr Clever, dass die BDA dies „klipp und klar“ ablehne und auch dagegen vorgehe, „wenn es uns bekannt wird“.

(2) Was haben Sie gegen Lobbyismus an Schulen?

Schulpflichtige Kinder sind „Schutzbefohlene“, d.h. sie sind in besonderer Weise schutzbedürftig gegenüber Einflüssen, die von außen an Schulen herangetragen werden. Aus guten Gründen sprechen sich die meisten Schulen dagegen aus, dass Unternehmen im Foyer oder Klassenzimmer Werbetafeln anbringen. Und an den meisten Schulen löst es Unbehagen aus, wenn Schulhefte mit Firmenlogos verteilt werden. Ich finde das vollkommen nachvollziehbar. Mit der institutionellen Einbindung in den Pflichtschulkontext wird Unternehmen schließlich eine hohe Glaubwürdigkeit zugeschrieben. Die Schülerinnen und Schüler können sich den unterrichtlich eingebetteten „Werbeveranstaltungen“ aufgrund des schulischen Pflichtcharakters aber nicht entziehen. Weiß man, dass bei Kindern für denselben Werbeeffect wie bei Erwachsenen nur ein Viertel des Budgets zu veranschlagen ist, lässt sich leicht erklären, weshalb 16 der 20 umsatzstärksten deutschen Unternehmen kostenlose Unterrichtsmaterialien anbieten. Ich bin in dieser Frage konservativ: Die Schule ist eine auf Neutralität verpflichtete Bildungsinstitution, die einem Allgemeinbildungsauftrag nachzukommen hat. Dies gilt selbstverständlich auch für die ökonomische Bildung.

(3) Hat das Engagement von Unternehmen und Lobbyverbänden an Schulen nicht auch Vorteile?

Um einem Missverständnis vorzubeugen: Betriebspraktika, Betriebserkundungen oder Besuche im Berufsinformationszentrum sollen natürlich unter Aufsicht fachlich qualifizierter Lehrkräfte stattfinden, damit Jugendliche einen Einblick in die Welt außerhalb der Schultore gewinnen. Ich selbst habe mit Studierenden die Kölner Ford-Werke, die Zentrale der Deutschen Post, die Frankfurter Börse und den von RWE betriebenen Braunkohletagebau in Hambach besucht, weil Exkursionen Einblicke gewähren, die man im Seminarraum nicht gewinnen kann. Dies gilt auch für Klassenzimmer. Aber Schulen dürfen im Land der Dichter und Denker nicht zum Hort der Stifter und Schenker werden. Wenn Schulen zu Werbe- und Rekrutierungsplattformen verkommen oder aber Unternehmen die Renovierungsarbeiten an Schulen finanzieren müssen, weil der Staat seinen Aufgaben nicht ausreichend nachkommt, sollte uns das zu denken geben. Dies gilt jedenfalls dann, wenn die Bildungsausgaben hierzulande nicht länger unterhalb des OECD-Durchschnitts liegen sollen, damit wir endlich zur „Bildungsrepublik Deutschland“ aufsteigen.

Prof. Dr. Reinhold Hedtke (Autor)

(1) Was ist sozioökonomische Bildung?

Sozioökonomische Bildung klärt subjekt- und problemorientiert über Wirtschaft und Wirtschaften auf, betrachtet Wirtschaft und wirtschaftende Subjekte als immer schon in gesellschaftliche und politische Kontexte eingebettet, bezieht das für Bildung relevante Wissen über Wirtschaft aus den Sozialwissenschaften, besteht auf der Pluralität sozialwissenschaftlichen und alltagsökonomischen Wissens, bestärkt Kontroversität und Kritik an den realen wirtschaftlichen Verhältnissen. Normativ neigt sie dazu, Wirtschaft in einer dienenden Funktion für die Gesellschaft und ihre Mitglieder zu sehen.

(2) Was hat die BDA gegen sozioökonomische Bildung?

Das weiß ich natürlich nicht. Vermutlich befürchtet sie, dass der sozioökonomische Ansatz ihr politisches Projekt „Schulfach Wirtschaft“ behindert und die Strategie der Entpolitisierung ökonomischer Fragen und

Probleme gefährdet („Eigenlogik der Wirtschaft“). Anscheinend hält sie wirtschaftswissenschaftliches Wissen für unternehmerfreundlicher als wirtschafts- und arbeitssoziologisches Wissen. Und sie möchte wohl weniger Kritik und mehr Respekt.

(3) Wie sollten ökonomisch geprägte Probleme und Lebenssituationen im Unterricht thematisiert werden?

Nehmen wir das Beispiel „Knappheit“. In von der Volkswirtschaftslehre inspirierten Lernmaterialien wird sie naturalisiert, die Menschen haben einfach mehr Bedürfnisse als Mittel. Tatsächlich aber sind Bedürfnisse, Knappheit und Wirtschaften von Anfang gesellschaftlich definiert, nicht erst durch Werbung usw. Das wissen Kinder und Jugendliche aus ihrer Lebenserfahrung. Andererseits brauchen private Unternehmen in kapitalistischen Marktwirtschaften die Aufrechterhaltung von Knappheit für ihr Überleben. Deshalb produzieren sie systematisch, fortlaufend und mit erheblichen Anstrengungen mehr Knappheit, teilweise auch ungewollt, etwa durch Ressourcenverbrauch. Sie versuchen immer mehr Bedürfnisse zu kommerzialisieren und werden dabei durch die Politik unterstützt.

All dies gelingt nur, wenn die gesellschaftliche Kultur Beschleunigung, materielles Wachstum, Innovation und Technik als Lösungsmuster fördert und bevorzugt. Anhaltendes Knappheitsempfinden und grenzenlose Konsummentalität gehören zu den soziokulturellen Voraussetzungen für Wirtschaftssysteme dieser Art. Die gesellschaftliche und die unternehmerische Herstellung dieser Grundhaltung erleben auch Kinder und Jugendliche in ihrem Alltag, sie sind Objekt und Subjekt solcher Prozesse. Ihre Lebenswelt wird ökonomisiert und sie wirken daran mit. Dazu tragen die soziale Tabuisierung von „Verzicht“ und die Stiftung von Identität und Zugehörigkeit durch Konsum wesentlich bei. Insgesamt gesehen funktionieren diese Wirtschaftssysteme nur, indem sie Knappheit zugleich gegenwärtig vorübergehend verringern und zukünftig dauerhaft vermehren. Sozioökonomischer Unterricht stellt solche wirtschaftlich-gesellschaftlich-lebensweltlichen Wechselwirkungen in den Mittelpunkt.



Didaktische Werkstatt

Jan Eike Thorweger

Materialien für den Unterricht

Lobbyismus am Fallbeispiel „Ökonomie und Gesellschaft“

„Zu kritisch fürs Ministerium“ (der Freitag), „Wie Lobbyisten ein Schulbuch stoppten“ (Deutschlandfunk), „Die Lobby, der Minister und das böse Buch“ (Stern) – Diese Schlagzeilen der vergangenen Tage verweisen auf einen Vorfall von besonderer Brisanz: Das Bundesinnenministerium untersagte der Bundeszentrale für politische Bildung den Vertrieb eines Unterrichtsbuchs zum Lernbereich Ökonomie und Gesellschaft, nachdem sich die Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände in einem Brief über dessen vermeintliche Einseitigkeit beschwert hatte. Als besonders problematisch schätzte die BDA in diesem Zusammenhang ein Kapitel zum Themenfeld „Lobbyismus“ ein. Was darauf folgte, ist ein Lehrbeispiel für Lobbyarbeit, das in der (Fach-)Öffentlichkeit sehr kritisch aufgenommen wurde.

Die Schülerinnen und Schüler erschließen zunächst den Problemzusammenhang im Hinblick auf die beteiligten Akteure und die zeitliche Handlungsstruktur. Hiervon ausgehend befassen sie sich mit verschiedenen Positionierungen zum Fall „Ökonomie und Gesellschaft“, um abschließend – unter Rückgriff auf Definitionskriterien des Lobbyismus – ein eigenes Urteil vorzunehmen.

Der Beitrag im Überblick

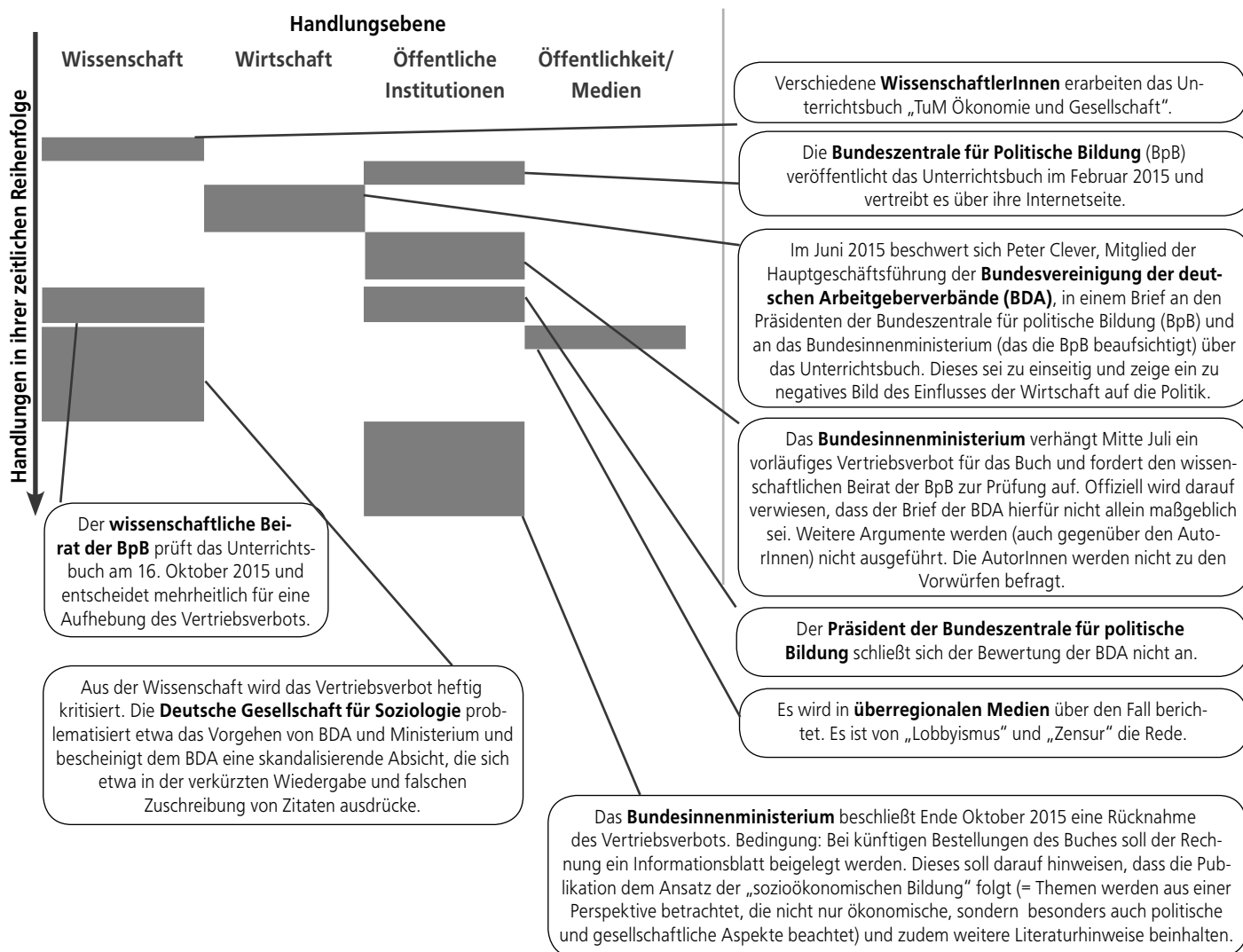
Arbeitsblatt (Anspruchsniveau)	Arbeitsmaterial	Funktion
1 (Sek. II / Klasse 10–13)	Stichwort: Der Fall „Ökonomie und Gesellschaft“	Grundlegende inhaltliche Orientierung, Anbahnung der inhaltlichen Auseinandersetzung.
	AM 1: Streit um ein Schulbuch: Was ist passiert?	Nachvollzug des Geschehens, Erschließung des Problemgehalts.
	AM 2: Ausgewählte Akteure.	Kontextuierung
2 (Sek. II / Klasse 10–13)	AM 3: Was ist Lobbyismus?	Erschließung von Beurteilungskriterien.
	Standpunkt: Der Fall „Ökonomie und Gesellschaft“: Verschiedene Reaktionen.	Erschließung verschiedener Einschätzungen zum Sachverhalt.
	Methode: Einen Kommentar verfassen.	Methodenschulung, Anbahnung einer eigenen Positionierung.

? Stichwort: Der Fall „Ökonomie und Gesellschaft“

Kann ein Wirtschaftsverband ein Buch mit Unterrichtsmaterialien verbieten lassen, weil er seinen Standpunkt dort für nicht ausreichend abgebildet hält? Diese Frage steht im Mittelpunkt der Vorgänge um das Unterrichtsbuch „Ökonomie und Gesellschaft“. Nachdem das Buch tatsächlich im Juli 2015 nicht mehr vertrieben werden durfte, wurden Vorwürfe der „Zensur“ und des „Lobbyismus“ laut.

(Autorentext)

AM 1 | Streit um Unterrichtsmaterial: Was ist eigentlich passiert?



AM 2 | Ausgewählte Akteure



Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) tritt als Dachverband der deutschen Arbeitgeberverbände auf. Während für den Abschluss der Tarifverträge einzig die ihr zugeordneten Branchenverbände zu-

ständig sind, fungiert die BDA als überregionaler und übergeordneter Ratgeber in Tarifvertragsverhandlungen der Mitgliedsverbände (...). Übergeordnete Aufgabe bleibt dabei die aktive Interessenvertretung der Unternehmen im Bereich der Sozialpolitik.

(Lange, D. (Hg.): Grundwissen Wirtschaft. Berlin, 2011. S. 218)



Im Zentrum der Arbeit der Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) steht die Förderung des Bewusstseins für Demokratie und politische

Partizipation. (...) Die unterschiedlichen Bildungsangebote der bpb vermitteln Einblicke in die historischen und gesellschaftlichen Zusammenhänge politischer, kultureller, sozialer sowie wirtschaftlicher Prozesse. Ihre Aufgabe erfüllt sie in eigener gesellschaftspolitischer, pädagogischer und publizistischer Verantwortung. Sie ist überparteilich und wissenschaftlich ausgewogen.

(<http://www.bpb.de/die-bpb/51743/demokratie-staerken-zivilgesellschaft-foerdern> [02.11.15])

AM 3 | Was ist Lobbyismus?

Lobbyismus [...] [ist] die systematische und kontinuierliche Einflussnahme von wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, sozialen oder auch kulturellen Interessen auf den politischen Entscheidungsprozess. [...] Die klassische Form, in der sich Lobbyismus organisiert, sind Verbände. [...] Bevorzugtes Ziel von jeglicher Form des Lobbyismus sind allerdings nicht Parlamente und Parteien, sondern Regierungen. [...] Das Spektrum der Aktivitäten von Interessenverbänden ist fast unerschöpflich. Es reicht vom Anruf bei Abgeordneten, von Pressekonferenzen oder Großdemonstration und Streik bis hin zu Ämterpatronage und Erpressung.

(Von Alemann, U./Eckert, F.: Lobbyismus als Schattenpolitik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Ausg. 15-16/2006. Berlin, 2006. S. 3-9)

■ Standpunkt: Der Fall „Ökonomie und Gesellschaft“: Verschiedene Reaktionen

Aus einer Analyse der Wissenschafts-Seite „Spektrum.de“:

Dass der Arbeitgeberverband BDA so unverhohlen Einfluss zu nehmen versucht, sorgt ebenso für Kopfschütteln wie das Vorgehen der Bundeszentrale für politische Bildung. Auch Wissenschaftler, die darauf Wert legen, dass sie die Positionen der Autoren des Sammelbands nicht unbedingt teilen, sind irritiert. (...)

Andreas Fischer (Professor für Wirtschaftspädagogik an der Universität Lüneburg) ist überrascht: „Wenn wir uns die Materialien für den Schulunterricht anschauen, dann präsentiert der Band (...) konstruktive Vorschläge, sich mit der komplexen Welt zu beschäftigen. Die Materialien illustrieren lediglich, dass die Welt nicht nur ökonomisch geprägt ist, sondern dass auch politische, soziale oder ökologische Fragen geklärt werden müssen.“ (...)

Im Vorwort zum Sammelband lobte BPB-Präsident Thomas Krüger noch ausdrücklich, dass darin auch „alternative ökonomische Paradigmen zum derzeit in Wirtschaft und Politik dominierenden Handlungsmodell des Homo oeconomicus“ diskutiert werden.

Doch ein Wink aus dem Bundesinnenministerium genügt, um den solchermaßen angepriesenen Band postwendend aus dem Programm zu nehmen. Und das offensichtlich ohne eine substanzielle Erörterung der im Raum stehenden Vorwürfe, ohne eine Anhörung der verantwortlichen Herausgeber. Das zeigt, wie kurz die Leine ist, an der die Bundeszentrale für politische Bildung geführt wird. Und es zeigt, wie unverhohlen Lobbyverbände Einfluss nehmen wollen und auch können.

(<http://www.spektrum.de/news/auf-zuruf-eines-interessenverbands/1373397> [03.11.15])

Aus dem Blog des „Stern“-Journalisten Hans-Martin Tillack:

Als wollte man mit aller Macht beweisen, wie weit der Arm der Lobbyisten reicht – war man dem Arbeitgeberverband im von Thomas de Maizièr (CDU) geführten Innenministerium zu Diensten. (...) Flugs erließ das Innenressort Mitte Juli ein Vertriebsverbot für das Buch. Seitdem ist es auf der Website der Bundeszentrale als „vergriffen“ gemeldet. (...)

Waren also unschuldige Kinderseelen in Gefahr? Wohl eher nicht. Die Intervention des Ministeriums war offenbar etwas zu willfährig. Denn am 16. Oktober prüfte der Wissenschaftliche Beirat der Bundeszentrale das umstrittene Werk – und sah keinen Grund, das Vertriebsverbot aufrechtzuerhalten. (...) Pluralismus funktioniert anders. Es muss nicht jedes Buch alle denkbaren Standpunkte enthalten. Das wissen übrigens bereits Oberschüler. Eines Tages lernen sie es auch in Thomas de Maizières Innenministerium.

(http://blogs.stern.de/hans-martin_tillack/die-lobby-der-minister-und-das-boese-buch/ [03.11.15])

Aus einer Analyse der Wirtschaftsethiker Thomas Beschorner und Michael Heumann für die Internet-Ausgabe der Wochenzeitung „der Freitag“:

Man muss nicht mit allen Positionen und Argumenten in diesem Buch einverstanden sein, wie man es wohl mit den wenigsten Büchern ist. Und dem Arbeitgeberverband steht es selbstverständlich frei, eine Meinung zu alternativen Formen des Wirtschaftens und zu einer Interessenpolitik zu haben und diese Meinung auch zu artikulieren. Dass das Bundesinnenministerium jedoch diesen Stimmen aus dem „Off“ Gehör schenkt und als vorgesetzte Behörde die Druckerwalzen der Bundeszentrale für politische Bildung stoppt, erscheint als ein ungeheuerlicher Vorgang. Auch wenn das Ministerium mittlerweile etwas zurückgerudert ist, ändert das nichts an der Brisanz des Vorfalles.

Demokratie lebt bekanntlich von einem Austausch und einem Ringen verschiedener Positionen. Wie ist es denn um sie bestellt, wenn bestimmte Dinge nicht gehört werden wollen.

(<https://www.freitag.de/autoren/thomas-beschorner/zu-kritisch-fuers-ministerium> [03.11.15])

METHODE

Einen Kommentar verfassen

Der Kommentar ist eine journalistische Textsorte, die die Meinung der Autorin/des Autors zum jeweiligen Sachverhalt offen und zugespitzt zum Ausdruck bringt.

Die Bestandteile des Kommentars:

- > Meinungsfreudige, animierende Überschrift;
- > Kurze Zusammenfassung des Problems;
- > Standpunkt der Autorin/des Autors, durch Argumente gestützt (ggf. hier auch Auseinandersetzung mit möglichen Gegenargumenten);
- > Zusammenfassende Zuspitzung der eingenommenen Position in einem Satz.

Der Kommentar ist ein kurzer und zugespitzter Text, der eine bestimmte Sichtweise auf ein Thema präsentiert und die Leserin/den Leser bewusst zur eigenen Auseinandersetzung bewegen möchte. Die Folge: Häufig entsteht eine „Diskussion“ durch Leserbriefe und Internetkommentare.

(Autorentext)

AUFGABEN

Einzelarbeit:

1. Im Einleitungstext ist von „Zensur“ und „Lobbyismus“ die Rede. Beschreiben Sie, was Sie darunter verstehen und sammeln Sie die Ergebnisse im Kurs. (Klasse/Kurs)
2. Fassen Sie die Informationen aus AM 1 und AM 2 in Form eines Zeitungsartikels zusammen, der über den Fall „Ökonomie und Gesellschaft“ informiert.

Partnerarbeit:

3. Arbeiten Sie aus den verschiedenen Reaktionen zum Fall „Ökonomie und Gesellschaft“ heraus, wie sich die jeweiligen Autoren zum Vorgang positionieren und welche Argumente Sie dabei verwenden.

Gruppenarbeit:

4. Beurteilen Sie anhand der Kriterien aus AM 3: Handelt es sich beim Fall „Ökonomie und Gesellschaft“ um ein Beispiel für Lobbyismus?

Einzelarbeit:

5. Verfassen Sie auf der Grundlage Ihrer bisherigen Ergebnisse einen Kommentar zum Fall „Ökonomie und Gesellschaft“.

Klasse/Kurs:

6. Diskutieren Sie Ihre Standpunkte. Berücksichtigen Sie dabei auch die Frage, wie die nun gefundene Lösung zu bewerten ist.

D
V
P
BImpuls
Termine
Personen
Berichte

DVPB aktuell

Impuls

Welt im Wandel – Politische Bildung im Kontext von Migration
Bericht über die DVPB Herbsttagung 2015 mit anschließender
Sitzung des Erweiterten Bundesvorstands

Vom 20. bis 21.11.2015 fand in Berlin die diesjährige Sitzung des Erweiterten Bundesvorstands der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung (DVPB) statt. Eingebettet war die Sitzung in eine Herbsttagung, die der Verband jährlich zu einem wechselnden Schwerpunktthema veranstaltet – in diesem Jahr zur aktuellen politischen und didaktischen Herausforderung Flucht und Migration. Nicht zuletzt hatte die DVPB einen Grund zum Feiern, schließlich kann sie 2015 auf 50 Jahre Verbandsarbeit zurückblicken (einen Bericht über den Festakt finden sie in der ZEITUNG auf Seite 5).

Der Bundesvorsitzende Prof. Dr. Dirk Lange ging in seiner Begrüßung der anwesenden Tagungsgäste auf die historische Entwicklung der Ausländerpädagogik zu Konzepten multikultureller Erziehung und interkultureller Bildung ein, bevor der Referent Malte Kleinschmidt mit „Migrationspolitische Bildung“ eine aktuelle Studie zur Wahrnehmung und Bewertung der Globalisierung durch SchülerInnen vorstellte. Dabei unterschied er dependenztheoretische und entwicklungstheoretische Erklärungsansätze von SchülerInnen zu globaler Ungleichheit und betonte die didaktische Herausforderung, dass SchülerInnen zumeist von Einzelschicksalen

bzw. einer „menschlichen Tragödie“ der Geflüchteten ausgingen, die Hintergründe der EU-Migrationspolitik jedoch oftmals nicht bewusst seien. Prof. Dr. Sabine Achour beleuchtete den öffentlichen Diskurs zum Topos der Unvereinbarkeit von Islam und Demokratie und zeigte Beispiele von antimuslimischem Rassismus auf. Sie berichtete weiterhin von aktuellen jugendkulturellen Phänomenen, wonach islamische Jugendliche sich durch salafistische Propaganda mit einer „Pop-Kultur der Marginalisierten“ identifizierten und mit der in Internet-Videos verbreiteten „Dschihad-Romantik“ sympathisierten. Dr. Götz Nordbruch vom Verein Ufuq e.V. erläuterte Unterschiede zwischen Islamismus und Salafismus und beschrieb aktuelle Erscheinungsformen und Hintergründe zu religiösen Radikalisierungsprozessen von Jugendlichen. Ufuq e.V. bietet mit seinem Onlineportal (www.ufuq.de) didaktisch gut aufbereitete Bildungsmaterialien und -workshops zu den

Themen Islam und Politische Bildung an. Nach einer angeregten Diskussion über Herausforderungen des Islamismus für die Politische Bildung an Schulen, wie auch Tendenzen (rechtsextremer) Menschenfeindlichkeit endete der erste Teil der Veranstaltung.

Dirk Lange eröffnete am Abend den Festakt zum 50. Verbandsjubiläum der DVPB, welche am 05.03.1965 in Frankfurt/Main gegründet worden war. Nach Grußworten von Thomas Krüger (Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung) und Ulrich Bongertmann (Bundesvorsitzender des Verbandes der deutschen Geschichtslehrer) hielt Prof. Dr. Wolfgang Sander eine Festrede auf die DVPB (vgl. S. 8–12 dieser POLIS). Der Festakt klang mit



Prof. Dr. Sabine Achour referiert zum Thema „Islam und Politische Bildung“.

einem Sektempfang und einem Abendbuffet aus.

Am zweiten Tag referierte Prof. Dr. Bettina Zurstrassen zu „Sozioökonomie und Politische Bildung“ und beleuchtete dabei die aktuellen Vorgänge um das Vertriebsverbot der bpb-Publikation „Ökonomie und Gesellschaft“, das die Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) beim Bundesministerium des Inneren (BMI) erwirkt hatte. Neben den Fachverbänden DGS, GPJE u.a. missbilligt auch die DVPB den haltlosen Eingriff des BMI und verabschiedete dementsprechend

eine Stellungnahme zur Unabhängigkeit der Bundeszentrale für politische Bildung. Ein Appell-Schreiben „Politische Bildung für die Integration“ wurde ebenso wie die gemeinsam mit dem Verband der Geschichtslehrer Deutschlands e.V. und dem Verband deutscher Schulgeographen e.V. verabschiedete „Hannoveraner Erklärung zur historischen, geographischen und politischen Bildung“ diskutiert. Vor einem Jahr hatte die DVPB den „Transparenzkodex für Unterrichtsmaterialien“ veröffentlicht. Es wurde angeregt, dass die Landesverbände bei den jeweiligen Landesregierungen anfragen,

was dort zwischenzeitlich zu der Problematik unternommen worden sei. Weiterhin unterstützt die DVPB den Landeselternbeirat Baden-Württemberg in der Kritik gegen das Separatfach Wirtschaft. Der Bundeskongress 2015 in Duisburg wurde als gelungene Veranstaltung reflektiert, nächster Ort und Zeitpunkt stehen noch nicht fest und werden

in Zusammenarbeit mit bpb und bap entschieden werden.

Es folgten Berichte aus den Landesverbänden, so z.B. die hessische Jahrestagung zum „Beutelsbacher Konsens“ oder das diesmal als „Barcamp“ veranstaltete Landesforum der DVPB NRW. Niedersachsen berichtete von der durch die rot-grüne Landesregierung beschlossenen Wiedereinrichtung der Landeszentrale für politische Bildung, die am Landtag angegliedert sein wird. In Schleswig-Holstein wurde Dr. Christian Meyer-Heidemann als Landesbeauftragter für Politische Bildung berufen, dem auch die Leitung der dortigen Landeszentrale für Politische Bildung obliegen wird. In Rheinland-Pfalz konnte die befristete Professur von Dr. Kerstin Pohl in Mainz verstetigt werden, Dr. Matthias Busch besetzt die Junior-Professur in Kaiserslautern und in Trier ist eine neu geschaffene Didaktik-Professur ausgeschrieben, sodass das Bundesland nach langer Zeit politikdidaktisch wieder versorgt ist. Die POLIS-Redaktion war u.a. durch Dr. Martina Tschirner vertreten und berichtete u.a. über das neue Layout der Verbandszeitschrift, bevor die diesjährige Sitzung des Erweiterten Bundesvorstandes erfolgreich endete.

Sara Alfia Greco, Bundesvorstand



© Bundesvorstand

Nach dem Festvortrag von Prof. Dr. Wolfgang Sander wurde im Foyer des Tagungssaales auf das Verbandsjubiläum angestoßen.

TERMINE

Februar 2016

04./05.02.2016 **Niedersachsen**
Fachdidaktische Tagung „Flucht und Vertreibung“ (→ Berichte)
Hannover.

29.02.–02.03.2016 Dritte Norddeutsche Planspieltagung für LehrerInnen (→ Berichte)
Aurich: Europahaus der Heimvolkshochschule.

17.02.2016 **Hessen**
16.00–18.00 Uhr PoWi und WiPo. Die neuen Kerncurricula für die Sekundarstufe II. Anschließend: Mitgliederversammlung
Frankfurt/Main: Goethe-Universität.

23.02.2016 **Thüringen**
18:00 Uhr Verbandsinternes politisches Stammtischgespräch mit der Bildungsministerin Dr. Birgit Klaubert (Die Linke),
Jena: Gasthaus „Zur Noll“.

29.02.2016 **Schleswig-Holstein**
Landesfachtag Wirtschaft/Politik
Aukrug: Bildungszentrum Tannenfelde.

März 2016

07.03.2016 **Schleswig-Holstein**
13:00–18.00 Uhr Fachtagung „Jüdisches Leben heute. Im Alltag gelebte Tradition“ (auch SchülerInnen sind eingeladen!)
Rendsburg: Jüdisches Museum.

15.03.2016 **Thüringen**
18:00 Uhr Politikdidaktisches Kamingespräch: „Grenzen der Kontroversität in einer Migrationsgesellschaft“
Jena: Gasthaus „Zur Noll“.

PERSONEN

Bayern: Neuwahlen zum Landesvorstand

Auch in Bayern fanden im Rahmen der Jahrestagung im Oktober (→ Berichte) Vorstandswahlen statt. Neu im geschäftsführenden Vorstand ist Prof. Stefan Rappenglück. Landesverband und Bundesvorstand danken allen bisher und künftig im Landesvorstand engagierten Mitgliedern und wünschen weiterhin viel Erfolg.



© Friedrich Wölfl, Landesverband

Der neue bayerische Landesvorstand (v.l.n.r.): Hannes S. Macher (Beisitzer), Prof. Dr. Stefan Rappenglück (Schriftführer), Jutta Geier (Beisitzerin), Prof. Dr. Andreas Brunold (Beisitzer), Monica Bartl (Beisitzerin), Prof. Dr. Armin Scherb (Vorsitzender), Armin Seemann (Schatzmeister), Prof. Dr. Peter Hampe (Ehrenvorsitzender) und Dr. Michael Schröder (Zweiter Vorsitzender). Bernhard Hof (Zweiter Vorsitzender) fehlt auf dem Bild.

Nordrhein-Westfalen: Neuwahlen zum Landesvorstand

Im Anschluss an das Landesforum der DVBP NRW e. V. (→ Berichte) standen am 04. November im Rahmen der Mitgliederversammlung des Landesverbandes auch die Neuwahlen zum Landesvorstand an. Landesverband und Bundesvorstand danken den scheidenden Mitgliedern für ihr Engagement und wünschen dem neuen Team viel Erfolg.



© Lukas Bieber, Landesverband

Der neue Landesvorstand der DVBP NRW e. V. (v.l.n.r.): Hildegard Rühling, Prof. D. Andrea Szukala (Zweite Vorsitzende), Christel Schrieverhoff, Dana Meyer, Prof. Dr. Tatiana Zimenkova, Dr. Kuno Rinke (Redaktion Politisches Lernen), Helmut A. Bieber (Redaktion E-Mailbriefe, Kommunikation), Cornelia Brodersen, Ulrich Krüger (Zweiter Vorsitzender), Prof. Dr. Bettina Zurstrassen (Vorsitzende), Rainer Schiffers, Sven Brehmer (Schatzmeister), Prof. Dr. Thomas Goll, Dr. Eva-Maria Schauenberg, Thorsten Obel (Geschäftsführer), Nora Lindner, Annika Lüchau, Oliver Krebs. Iris Witt und Andreas Wüste (Redaktion Politisches Lernen) fehlen auf dem Bild.

Sachsen-Anhalt: Trauer um Hans-Jochen Tschiche

Der Landesverband Sachsen-Anhalt muss den Tod seines früheren Vorstandsmitgliedes Hans-Jochen Tschiche anzeigen, der am 25. Juni 2015 im hohen Alter von 85 Jahren gestorben ist.

Hans-Jochen Tschiche war in der DDR Pfarrer und u. a. Leiter der Evangelischen Akademie in Magdeburg. Er engagierte sich in der Friedensbewegung der DDR und war Mitgründer der Bürgerbewegung Neues Forum. Er war Mitglied der ersten frei gewählten Volkskammer und nach dem Ende der DDR auch des Bundestages. Im neu geschaffenen Landtag Sachsen-Anhalts war er 1990-1998 der Vorsitzende der Fraktion von Bündnis 90 / Die Grünen und von 1994-1998 der Alterspräsident des Landtags.

Hans-Jochen Tschiche agierte seit der Gründung des Landesverbandes Sachsen-Anhalt der DVBP 1990 als Beisitzer im Vorstand. Er sah seine Aufgabe darin, Wege in den Landtag und in die Parteien für dem Landesvorstand zu ebnen und dem Vorstand beratend zur Seite zu stehen.

Er tat dies auf seine ihm eigenen Art und Weise: sachbezogene Gespräche, zurückhaltendes Wesen, ruhiges, lösungsorientiertes und vorurteilsfreies Arbeiten für die Politische Bildung in unserem Land. Hans-Jochen Tschiche war immer

an der Sache - und nur an der Sache - orientiert. Er war als einer der wenigen in der Lage, damalige Gräben zu überwinden: Gräben zwischen Ost und West und zwischen Bewahrern und Erneuerern. Er hat damals immer wieder gezeigt, wie man seiner Meinung mit Differenzen in einer Gemeinschaft umgehen sollte: pragmatisch, unideologisch, sachorientiert. Ein späterer Bundespräsident hat dazu gesagt: „Versöhnen statt spalten“. Das war Anfang der 1990er-Jahre eine sehr seltene Position, auch und gerade unter den Bürgerrechtlern. Hans-Jochen Tschiche hat diese (seine) Haltung aber mit großer Selbstbewusstheit und Selbstsicherheit unprätentiös vertreten und damit dem Aufbau des Landesverbandes sehr gut getan. Dies ist umso bemerkenswerter, da er in der DDR-Zeit verfolgt, gedemütigt und drangsaliert worden war. Er hat diese (seine) persönliche Unterdrückung aber nie in den Vordergrund gestellt, nie zu seinem Vorteil willen ausgenutzt. Hans-Jochen Tschiche wollte keine Wiedergutmachung und schon gar nicht Rache.

Das hat ihn zu einem bindenden und verbindenden Element in der DVBP gemacht, dafür zollen wir ihm heute noch Anerkennung und Achtung. Wir werden ihn dankbar und ehrend erinnern.

Dr. Siegfried Both (Landesverband) im Namen des Landesvorstandes und aller Mitglieder

Schleswig-Holstein: Landesbeauftragter für Politische Bildung gewählt

Fraktion haben sich die Landtagsfraktionen der Auswahl des Kuratoriums angeschlossen und dem schleswig-holsteinischen Landtag in der Sitzung vom 20. November 2015 einen gemeinsamen Kandidaten zur Wahl des Landesbeauftragten für politische Bildung vorgeschlagen. Der Landesbeauftragte leitet die Landeszentrale für politische Bildung und berät den Landtag und die Landesregierung in allen Fragen der Politischen Bildung. Vorgeschlagen und gewählt wurde Dr. Christian Meyer-Heidemann, bisher wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Kiel. Der DVBP-Landesverband Schleswig-Holstein freut sich auf innovative Anstöße für die politische Bildungsarbeit und erfolgreiche Zusammenarbeit mit dem langjährigen DVBP-Mitglied als Leiter der Landeszentrale.

BERICHTE

Nordrhein-Westfalen

Barcamp „Brennpunkte Politischer Bildung“ – das Landesforum auf neuen Wegen

Nach dem erfolgreichen Bundeskongress im „klassischen“ Tagungsformat in Duisburg Anfang des Jahres war die Zeit günstig, ein neues Tagungsformat im Landesverband NRW auszuprobieren. Das Landesforum 2015, das am 04. November in Essen stattfand, sollte neue Wege gehen.

Was wäre, wenn es keine Keynote durch einen bedeutenden Experten gibt, keine Podiumsdiskussion im Anschluss, keinen Moderator, der das Wort erteilt, keine festgelegten Workshops? Was wäre, wenn nun die Teilnehmenden zu den Aktiven werden, das eigene Programm bestimmen, sich gegenseitig ihr Expertenwissen weitergeben, ohne Hierarchien, Titeln oder ähnlichem? Wenn jede die Verantwortung für eine gelungene Veranstaltung mitträgt? Dann erhält man eine Un-Konferenz, ein sogenanntes Barcamp. Auf dieses Abenteuer haben sich rund 120 Teilnehmende aus der Politischen Bildung eingelassen. Bemerkenswert war die überwältigende Mehrheit der politischen Bildner, die weder ein Barcamp zuvor besucht hatten, noch dieses Format im Internet recherchiert hatten. Versammelt zum „Abenteuer Un-Konferenz“ haben sich die politischen Bildner aus Hochschule, Schule und außerschulischer Bildung im Unperfekthaus in Essen, einem Veranstaltungsort, der für seine Kreativität über die Stadtgrenzen hinaus bekannt ist. Nach dem gelungenen und motivierenden Auftakt durch den Barcamp-erfahrenen Moderator Guido Brombach (DGB-Bildungswerk NRW) ging es in die Sessionplanung. Erst zu diesem Zeitpunkt entstand das Programm des Tages durch die Angebote einzelner Teilnehmenden. Geleitet vom Prinzip „Experten tauschen sich mit anderen Experten aus“ reichte oftmals ein Stichwort, wie z.B. „Flüchtlinge“, oder aber ein Angebot wie „digitale Werkzeuge im Politikunterricht“, um das Interesse der anderen Teilnehmenden zu wecken. Die Ergebnisse der 45-minütigen Sessions, von denen bis zu sechs zeitgleich statt-

fanden, wurden durch die Teilnehmenden in Echtzeit dokumentiert. Impressionen sowie die Ergebnisse stehen den Teilnehmenden und Interessierten auf dem Blog zur Veranstaltung zur Verfügung (www.pb-barcamp.nrw). Im Geist des Barcamps können die Teilnehmenden nun bis zur nächsten Veranstaltung über neue Medien (oder dem klassischen Austausch der Kontaktdaten) weiter an ihren Themen arbeiten, sich austauschen und in Kontakt bleiben.

Das besondere Format wurde von den politischen Bildnern sehr gut angenommen - zustimmende bis euphorische Spontanrückmeldungen aus Reihen der Teilnehmenden haben den Landesvorstand bestärkt, neben dem „klassischen Tagungsformat“ auch neue Wege der Erwachsenenbildung zu nutzen, um mit der Expertise unter den Teilnehmenden zu Themen der Politischen Bildung ertragreich zu arbeiten.

Thorsten Obel (Landesgeschäftsführer)

Bayern

Bericht über die Jahrestagung in Tutzing

Die aktuelle Flüchtlings- und Asylproblematik und das Attentat auf die Kölner Oberbürgermeisterin Reker bildete im Oktober 2015 den aktuellen Hintergrund der bayerischen Jahrestagung zum Thema „Entgrenzter Extremismus – bedrohte Freiheit“ in Tutzing. Partner des Landesverbands waren die Akademie für Politische Bildung und die Europäische Akademie Bayern. Das Thema „Anti-Asyl“ ist ein zentraler Agitations- und Aktionsschwerpunkt der gesamten rechtsextremistischen Szene. Ziel ist es dabei, in Teilen der Bevölkerung vorhandene Ressentiments und Ängste aufzugreifen und zu verstärken, um letztlich Anknüpfungspunkte an das bürgerlich-demokratische Spektrum herzustellen.

Die Zahl der rechtsextremistischen Straftaten gegen Asylbewerberunterkünfte – überwiegend Sachbeschädigungen und Propagandadelikte – ist drastisch gestiegen. Zur Jahresmitte 2015 war der Stand des Gesamtjahres 2014 mit rund 200 Straftaten bereits überschritten. Dabei erreichen die Gewalttaten eine neue Qualität. So kam es bisher in 13 Fällen zu Brandanschlägen auf bewohnte Unterkünfte.

Prof. Andreas Zick (Universität Bielefeld) erläuterte sein Konzept der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit. Er beobachtet: „Es wird rabiater. Diese Art von Angriffen kennen wir bisher nicht.“ Sie kämen zunehmend aus der Mitte der Gesellschaft. Pegida sei nur die Spitze des Eisbergs.

Prof. Uwe Backes (Hannah-Arendt-Institut TU Dresden) sagte in seinem Vortrag nichts über linksextreme Einstellungen: „Ich konzentriere mich auf Beobachtbares.“ Die Konfrontationsgewalt links gegen rechts nehme zu. Die Szene sei heterogen, aber Gewaltbereitschaft sei Grundkonsens. Backes sieht in Teilen der linken autonomen Szene Kontakte zu der Partei DIE LINKE. Die gewaltbereiten

Autonomen würden von Polizei und Öffentlichkeit unterschätzt.

Der Religionspädagoge Prof. Tarek Badawia (Universität Erlangen-Nürnberg) sieht eine der Ursachen für islamistische Radikalisierung in der „Identitätsfalle“: „Als Zuwanderer kannst Du machen, was Du willst: Du gehörst nicht hierher.“ Die Folge sei eine Islamisierung des Islam und eine Reduzierung seiner eigentlichen Vielfalt durch Salafisten. Sie treten als Retter mit Heilsversprechen auf, die sich gegen die Entfremdung von der eigenen Religion wenden und so manchen jungen Moslems wieder eine religiöse Heimat geben.

Die Politikwissenschaftlerin und Orientalistin Justyna Nedza (GIGA-Institut Hamburg) erklärte die Entstehung des sog. „Islamischen Staates“ und die aktuelle Ausbreitung und Organisation des „Kalifats“. Die Anführer planen eine eigene Währung (goldener Dinar), Staatsbürgerschaft und Personalausweise. Die Struktur werde durch Erpressung, Schmuggel, Menschenhandel und Spenden (vor allem aus den Golfstaaten) finanziert. Eine Sittenpolizei solle für die öffentliche Ordnung.

Bei der Nachwuchsrekrutierung für religiöse Extremisten spielen die sozialen Medien und das Internet eine große Rolle, sagte die Leiterin des Bedrohungsmanagements der Hochschule Darmstadt, Dr. Dorothee Dienstbühl. So käme man in die Gruppen und würde über verschiedene Bewährungsstufen in der Hierarchie aufsteigen – in letzter Konsequenz zum Kämpfer und Attentäter. Das Internet gewährleiste Anonymität.

Mehrere Länderstudien beschäftigten sich mit der Stärke des Rechtspopulismus und -extremismus in verschiedenen europäischen Staaten. Birgit Schmitz-Lenders (Europäische Akademie) gab einen Überblick. Workshops zu Frankreich, Italien und Ungarn ergänzten das Bild.

Dr. Michael Schröder (zweiter Landesvorsitzender)

Bremen

Interdisziplinäre Kooperation des Landesverbandes mit der Universität Bremen im Rahmen der Sommerakademie 2015

„Sprudelnde Gewinne“ – unter diesem Motto veranstalteten DVPB-Mitglieder des Landesverbandes Bremen in Kooperation mit dem Zentrum für die Didaktiken der Sozialwissenschaften (ZeDiS) und dem Zentrum für Umweltforschung und nachhaltige Technologien (UFT) einen interdisziplinären Workshop im Rahmen der jährlich stattfindenden Sommerakademie der Universität Bremen. Die teilnehmenden SchülerInnen konnten dabei den Wissenschafts- und Forschungsbetrieb hautnah miterleben und gestalten, gleichzeitig hatten sie die Chance sich innerhalb des Studienangebotes zu informieren.

Die Klammer des gemeinsamen Lern- und Forschungsvorhabens bildete die Auseinandersetzung mit dem Element Wasser. In unserem Alltag ist es



Während der Sessionplanung nahm das Programm konkrete Formen an. Die Teilnehmenden konnten zwischen verschiedenen interessanten Angeboten wählen.

überall gegenwärtig, sei es als Trinkwasser, als Lösungsmittel, als Transportmittel, in der Natur, als Kühlmittel, uvm. – die Aufzählung könnte unendlich fortgesetzt werden. Aber was macht Wasser eigentlich so interessant? Gemeinsam mit renommierten WissenschaftlerInnen gingen die teilnehmenden SchülerInnen eine Woche lang dieser Frage auf den Grund und erlangten dabei vielfältige politische und chemische Einblicke in einen faszinierenden und lebenswichtigen Gegenstand. Ohne Wasser wäre ein Leben auf der Erde nicht denkbar, wodurch sich auch die politisch relevante Frage nach Verteilung und Zugang zu sauberem Trinkwasser ergibt. Noch immer verfügen mehr als 1,1 Milliarden Menschen auf der Welt über keinen oder einen nur unzureichenden Zugang zu sauberem Trinkwasser.

Die unterschiedlichen fachlichen Perspektiven aus den Natur- und Sozialwissenschaften wurden mit Hilfe der Methodik des forschenden Lernens verbunden. Im Laufe der Sommerakademie bearbeiteten die SchülerInnen Forschungsfragen wie z.B.: „Welche Voraussetzungen müssen überhaupt erfüllt sein, damit Wasser als Trinkwasser genutzt werden kann?“; „Was verbirgt sich eigentlich hinter dem Begriff der Gewässergüte?“; „Welche Chancen und Risiken bietet die Privatisierung der Trinkwasserversorgung?“. Bei der Klärung dieser Fragen durchliefen die TeilnehmerInnen einen ganzheitlichen Lernprozess, der sie von der Entnahme von Gewässerproben, über die chemische Analyse im Labor bis hin zur politischen Entscheidungsfindung in Form eines Planspiels führte. Besondere Brisanz gewann das Projekt vor dem Hintergrund der UN-Millenniumserklärung aus dem Jahr 2001, in der beschlossen worden war, die Trinkwasserknappheit bis zum Jahre 2015 entscheidend zu verringern. Als Allheilmittel hierfür galt zu Beginn des 21. Jahrhunderts oftmals die Privatisierung der Trinkwasserversorgung. Anhand empirischer Studien und Erfahrungen aus Bolivien und Großbritannien konnten die SchülerInnen den (Miss-)Erfolg dieses Vorhabens aufgreifen und es für ein gemeinsames politisches Planspiel nutzen. Am Ende stand eine intensive, komplexe und interdisziplinäre Auseinandersetzung, welche sowohl natur- als auch sozialwissenschaftliche Erkenntnisse berücksichtigte und in einem gemeinsamen politischen Urteil mündete, welches einer interessierten Öffentlichkeit im Rahmen einer Abschlussveranstaltung vorgestellt wurde.

Die große Teilnahmereitschaft und Nachfrage sowohl unter den SchülerInnen als auch unter den beteiligten WissenschaftlerInnen hat den DVBP Landesverband Bremen darin bestärkt, sein Engagement im Rahmen der Sommerakademie weiter fortzuführen und auch für das kommende Jahr in Kooperation mit wissenschaftlichen Einrichtungen der Universität Bremen ein gemeinsames Angebot zu konzipieren.

Hendrik Schröder (Landesverband)

Thüringen

Jenaer Gespräche zur Politischen Bildung

Seit fast zwei Jahrzehnten ist es Tradition, dass jährlich im Herbst die Jenaer Gespräche zur Politischen Bildung als Kooperationsveranstaltung der Landeszentrale für Politische Bildung, dem ThLLM, der Professur für Didaktik der Politik der FSU Jena und dem Landesverband der DVBP-Thüringen stattfinden.

Trotz des momentan scheinbar alles überragenden Themas der Flüchtlingspolitik, besaß das Thema zum Transatlantischen Freihandelsabkommens eine so große Anziehungskraft, dass sich ca. 200 Zuhörer verschiedener Generationen und Berufsgruppen am Dienstagabend, dem 10.11.2015, im Hörsaal 1 der Friedrich-Schiller-Universität in Jena einfanden.

Unter dem Titel „TTIP – Fakten und Positionen“ begrüßte, Michael May, Professor für Didaktik der Politik an der FSU Jena, als Hausherr und Vorstandsmitglied des Landesverbandes der DVBP, die Zuhörer und stellte die Gäste des Abends vor.

Auf dem Podium versammelten sich Prof. Dr. Christoph Ohler von der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der FSU Jena, der zugleich auch den Einführungsvortrag hielt, Dr. Mario Voigt (CDU), Mitglied des Thüringer Landtages, Dr. Michael Mertin, Vorstandsvorsitzender der Jenoptik AG, Olaf Müller (Bündnis 90/ Die Grünen), Mitglied des Thüringer Landtages und Uwe Wötzel von der Gewerkschaft VERDI. Moderiert wurde der Abend durch Florian Girwert, von der Thüringischen Landeszeitung.

In seinem 20minütigen Eingangsvortrag richtete Ohler zunächst seinen Blick auf Zielsetzung, Inhalte und Akteure des Freihandelsabkommens. Kritisch ging er mit dem Transparenzproblems des laufenden Verfahrens um und verwies auf das Dilemma zwischen dem Recht der Bürger auf freien Informationszugang einerseits und dem Schutz der Verhandlungssache andererseits.

Auf dem Podium standen vor allem zwei Aspekte im Widerstreit. Einerseits überwiegt die Sorge in der Bevölkerung vor fehlendem Verbraucherschutz in Folge der möglichen Aufweichung geltender Qualitäts- und Sicherheitsstandards. Müller und Wötzel kritisierten in diesem Zusammenhang v.a. die fehlende Transparenz im Verfahrensprozess. Auf der

anderen Seite drängte Mertin auf die Notwendigkeit dieses Abkommens, um die Handlungsfähigkeit der europäischen Wirtschaft auf dem Weltmarkt zu gewährleisten. Statt Panikmache und Verunsicherung forderte Mertin jeden zur Information und mahnte mit den Worten: „Wenn wir aufhören Handel zu treiben, müssen wir uns in Europa von unserem sozialen Wohlstand verabschieden.“ Voigt betonte, dass TTIP die Chance bietet, die geltenden hohen europäischen Standards auszuweiten und damit die Rechte der Verbraucher zu stärken. Gleichzeitig pflichtete er dem Vertreter von Verdi bei und kritisierte ebenfalls die Intransparenz des Verfahrens. Wötzel sorgte sich in seinen Beiträgen v.a. um die Schmälerung der Arbeitnehmerrechte und beklagt eine soziale Schieflage in Folge des Handelsabkommens, das seiner Ansicht nach ausschließlich den Interessen der Investoren diene. Müller sah darüberhinaus in einer Zeit weltweit wachsender politischer Konflikte eine Gefahr für die Sicherheit eines Transatlantischen Abkommens und forderte statt dessen öffentliche bilaterale Handelsverträge zwischen den Nationalstaaten.

Die Nachfragen aus dem Publikum belegten das rege Interesse an der Thematik und unterstrichen, wie wichtig Veranstaltungen dieser Art für die Öffentlichkeit sind, um die Unsicherheit vor der Umsetzung des Abkommens ein wenig zu nehmen.

Toralf Schenk (Zweiter Landesvorsitzender)

Planungsüberlegungen für das Jahr 2016

Auf seiner letzten Sitzung im September 2015 blickte der Landesvorstand der DVBP Thüringen auf Auswahl und Konzeption der Veranstaltungen des noch laufenden Jahres 2015 zurück, die das Leitthema „Transformationsprozesse“ aufgriffen, und blickte zudem auf das Jahr 2016. Aufgrund der Aktualität, sich mit den drängenden Fragen zur Flüchtlingspolitik auseinanderzusetzen, plant der Thüringer Landesverband im Jahr 2016 seine Veranstaltungen unter das Thema „Integration“ zu stellen. Darunter fallen neben einer Bilanz zur bisherigen nationalen und europäischen Flüchtlingspolitik auch Fragen zu den Menschenrechten.

Diese Themen werden im Rahmen mehrerer Veranstaltungen aufgegriffen, die der Landesverband allein oder mit seinen Kooperationsmitgliedern initi-



Auf dem Podium der Jenaer Gespräche zur Politischen Bildung saßen (v.l.n.r.): Dr. Michael Mertin, Dr. Mario Voigt, Florian Girwert, Prof. Dr. Christoph Ohler, Uwe Wötzel und Olaf Müller

iert. Dazu zählen die noch junge Tradition des Kamin-gesprächs am 15.3.2016 in verbandsinterner Runde in der Bohlenstube der Gaststätte „Zur Noll“ in Jena zum Schwerpunkt „Leben in einer Migrationsgesellschaft“, der Lehrerpolitiktag Anfang Juni 2016, der 4. Tag der Gesellschaftswissenschaft am 8.9.2016 zum Thema „Die Menschenwürde ist (un-)antastbar“ und die Jenaer Gespräche zur Politischen Bildung im November 2016, beide in der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

Als Kooperationspartner stehen dem Landesverband weiterhin das Thillm, die Landeszentrale für Politische Bildung Thüringen und die Professur der Didaktik der Politik an der Friedrich-Schiller-Universität bei der Planung und Durchführung zuverlässig zur Seite.

Angesetzt ist zudem ein verbandsinternes politisches Stammtischgespräch mit der Bildungsministerin, Dr. Birgit Klaubert (Die Linke), am 23.02.2016 im Gasthaus „Zur Noll“ in Jena.

Weiterhin informiert der Landesvorstand, dass nach der öffentlichkeitswirksamen und erfolgreichen Verleihung des Abiturpreises im Thüringer Landtag in den letzten beiden Jahren, dieser 2016 eine Neuaufgabe findet. Die offizielle Ausschreibung an die Thüringer Schulen erfolgt dazu nach den Winterferien ab Mitte Februar 2016.

Toralf Schenk (Zweiter Landesvorsitzender)

Mecklenburg-Vorpommern

Jahreskongress zur Politischen Bildung mit bpb-Präsident Thomas Krüger

Jubiläen bieten stets den Anlass sowohl die geleistete Arbeit Revue passieren zu lassen, als auch anstehende Herausforderungen und Aufgaben zu analysieren. Im Rahmen des diesjährigen Jahreskongresses zur Politischen Bildung in Mecklenburg-Vorpommern (in Kooperation der Landeszentrale und der DVPB) mit dem Titel: „25 Jahre Deutsche Einheit – 25 Jahre Mecklenburg-Vorpommern“ skizzierte Thomas Krüger, Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung die zentralen Herausforderungen. Um auf die zunehmenden Pluralisierung der Gesellschaft und damit der Zielgruppen und AdressatInnen der Politischen Bildung adäquat reagieren zu können, genügt es nicht – so Gudrun Heinrich, Landesvorsitzende der DVPB in ihrem Kommentar – auf die bewährten und stabilen Strukturen und Erfahrungen der Arbeit im Nordosten zu vertrauen. Vielmehr bedarf es einer neuen Kultur der Offenheit und Fehlertoleranz in der Politischen Bildung.

Mecklenburg-Vorpommern steht dabei vor besonderen Herausforderungen, die im Rahmen einer angeregten Diskussion am Nachmittag des Jahreskongresses erläutert wurden: wie gelingt die Aktivierung der Unpolitischen, wie gelingt Radikalisierungsprophylaxe, wo endet der Zuständigkeitsbereich Politischer Bildung, wo beginnt politische Aktion?

Angesichts der Ausgaben, die die Aufnahme und Integration der Geflüchteten für Politik und Gesellschaft darstellen, zeigt auch der Nordosten ein doppeltes Gesicht. Demonstrationen der AsylgegnerInnen belegen die Notwendigkeit, Aufklärungs- und Bildungsarbeit zu leisten. Doch die zahlreichen

zivilgesellschaftlichen Initiativen dokumentieren gleichzeitig einen tiefen Wunsch, ein neues Bild Ostdeutschlands zu zeichnen. Dies belegten die Diskussionen und Berichte der KollegInnen auf dem diesjährigen Sozialkundelehrertag, bei dem sich über 150 Teilnehmende unter dem Titel „Migration und Integration als Herausforderung für Schule und Politische Bildung“ bei Fachvorträgen und Workshops zusammenfanden.

Die DVPB Mecklenburg-Vorpommern seit Ende September mit neuem Vorstand (Gudrun Heinrich, Susanne Krüger, Martin Koschkar, Mandy Kröppelien) hält angesichts dieser Befunde ihr Anliegen einer Stärkung der Politischen Bildung für um so dringlicher.

Im Rahmen eines Gesprächs mit Bildungsminister Mathias Brodtkorb unterstrich sie ihre Forderung nach einer Stärkung der Politischen Bildung. Hierzu ist eine Sicherung der Finanzierung der außerschulischen Bildung ebenso notwendig wie eine Aufwertung des Faches Sozialkunde sowohl in der Stundentafel der Gymnasien und Regionalschulen als auch in seiner Position als Fach innerhalb der Gymnasialen Oberstufe.

Für 2016 ist die erstmalige Vergabe des Preises für Politische Bildung (Einsendung von Schülerarbeiten, siehe POLIS 3-2015) geplant, um die Auseinandersetzung mit politischen Themen in den Schulen zu intensivieren. Die DVPB wird auch 2016 wieder an den beiden zentralen landesweiten Veranstaltungen beteiligt sein: „Soziale Ungleichheit“ wird Thema des bereits im März 2016 mit Unterstützung von Prof. Dr. Peter Berger (Institut für Soziologie, Uni Rostock) stattfindenden Sozialkundelehrertages sein. Im ersten Halbjahr werden wir mit Fortbildungen und Informationsveranstaltungen die Landtagswahl begleiten. Eine Fortbildung für Träger der Politischen Bildung zum Thema: Politische Bildung und Interkulturelles Lernen ist in Planung. Termine und Themen finden Sie auf der Homepage: www.dvpb-mv.de

Dr. Gudrun Heinrich (Landesvorsitzende)

Niedersachsen

Ankündigung: Planspieltagung und interdisziplinäre Tagung zum Thema „Flucht und Vertreibung“

Vom 29. Februar bis 2. März 2016 findet die dritte Norddeutsche Planspieltagung der Bundeszentrale für politische Bildung und der DVPB Niedersachsen im Europahaus der Heimvolkshochschule Aurich statt. Die Fortbildung für Lehrerinnen und Lehrer sowie Lehrende in der non-formalen Bildung und Interessierte richtet sich nicht nur an Niedersächssinnen und Niedersachsen, sondern an alle Bundesländer mit Schwerpunkt auf den Norden und den Westen. Unter dem Titel „Europa in der Krise“ soll der Fokus auf die beiden langjährigen Krisenphänomene der Europäischen Union gelegt werden.

Nur kurzfristig aus der Medienpräsenz verschwunden ist die Eurokrise. Die zu ihrer Bewältigung unternommenen Anstrengungen konzentrieren sich zum Teil auf die Haushaltskontrolle der Mitgliedstaaten und eine makroökonomische Gleichgewichtssteuerung. Diese beiden Aspekte wurden im Gesetzespaket „SixPack“ durch Europäisches Parlament und Rat der

EU nach Vorlage durch die Europäische Kommission behandelt. Das Planspiel „Powerplay im Euroraum“ zeichnet die wesentlichen politischen Streitpunkte nach und macht sie für Schülerinnen und Schüler nachvollziehbar und erlebbar.

Aktuell von besonderem Kriseninteresse für die Europäische Einigung ist die Uneinigkeit bezüglich der Flüchtlingsherausforderungen. Während zum Beispiel Ungarn die Grenzen dicht macht, scheinen andere wie Schweden aus der Perspektive mancher Mitgliedstaaten geradezu zur Flucht aufzufordern und wieder andere wie Estland meinen, nicht betroffen zu sein. Die Herausforderung vor der die EU zurzeit steht, ist nicht nur sich über das Thema und seine politische Steuerung zu einigen, sondern über das Thema nicht völlig uneins zu werden und auseinander zu brechen. Bestimmte Regeln der EU bedürfen offenbar einer Anpassung. Dies geschieht durch die Schülerinnen und Schüler im Rahmen der ordentlichen EU-Gesetzgebung in dem Planspiel „Destination Europe“, das in diesem Jahr in der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg erschienen ist.

Zusätzlich wird das neue Planspiel „Mode und Konsum“ ausprobiert, das sich besonders an Schülerinnen und Schüler ab der 8. Klasse wendet und die Rolle der EU als Welthandelspartner Nummer 1 thematisiert und hierzu die besonders für Jugendliche interessante Frage der Bekleidungsimporte mit Blick auf zahlreiche Aspekte der Globalisierung untersucht. Die Planspiele werden durch die Autorinnen und Autoren des CIVIC-Instituts für internationale Bildung vorgestellt und angeleitet. Anmeldungen direkt beim Europahaus Aurich.

Außerdem veranstaltet die DVPB Niedersachsen vom 04. – 05. Febr. 2016 gemeinsam mit dem Niedersächsischen Kultusministerium, dem Niedersächsischen Geschichtslehrerverband, dem Volksbund und dem Niedersächsischen Landesinstitut für schulische Qualitätsentwicklung ihre fünfte Fachdidaktische Tagung mit dem aktuellen Thema „Flucht und Vertreibung“. Am Tagungsort Hannover finden für Geschichts- und Politiklehrer 70 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg zwei Tage lang Vorträge und Workshops zur Zwangsmigration in Geschichte und Gegenwart statt.

Bei den Historikern steht das Abiturthema Flucht und Vertreibung von Deutschen und Polen im Vordergrund, bei den Politiklehrern die aktuelle Migrations- und Menschenrechtspolitik.

Allen voran wird es einen Vortrag von Prof. Oltmer (Osnabrück) über das Jahrhundert der Zwangsmigration und von Guido Steinberg über das Kalifat des Schreckens in Syrien und im Irak geben, dazu eine Podiumsdiskussion über die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen durch die hohe Anzahl der gegenwärtigen Asylsuchenden in Deutschland und Europa.

Das Programm wird etwa Anfang Dezember auf dem Niedersächsischen Bildungsserver veröffentlicht. Die Veranstaltung ist für 200 Teilnehmer vorgesehen. Interessenten sollten sich dann spätestens in der ersten Januarhälfte über das Büro des Volksbundes in Hannover anmelden, das wieder die organisatorische Leitung der Tagung übernehmen hat.

*Manfred Quentmeier, Markus W. Behne
(Landesvorstand)*



Ins Politische verstrickt

Ingo Juchler: Narrationen in der politischen Bildung. Band 1: Sophokles, Thukydides, Kleist und Hein. Wiesbaden: Springer VS-Verlag 2015. 144 S., 29,99 Euro



Man kann Bernhard Sutor in seiner Einschätzung nur beipflichten, „dass über dem inflationären öffentlichen Gerede von Bildung [...] Bildung im substantiellen Sinn längst verloren ist“. Unter Bildung seien dabei jene Bemühungen um grundlegende Sachverhalte unseres Daseins zu verstehen, die prägende Wirkung gewinnen. Ingo Juchlers *Narrationen in der politischen Bildung* kann als ein Beitrag zu genau diesem Bemühen verstanden werden, sich dieser Einsichtnahme in grundlegende politische Zusammenhänge unseres Daseins in einer systematisch-politischdidaktischen und vor allem je subjektiv fruchtbaren Perspektive zu nähern. Ausgehend von der Annahme, dass der Mensch „in Geschichten verstrickt“ (Schwab) ist und der politisch-kulturelle Sinn auf der individuellen Ebene in besonderer Form in Narrationen bedeutsam wird, lässt sich der Einsatz von Juchlers Ausführungen erkennen: „Das Politische erscheint vielfach in Erzählungen implizit und ist mit anderen Momenten der

menschlichen Existenz verwoben.“ (6) Dabei versteht Juchler den narrativen Ansatz als „Kür“ im Verhältnis zur „inhaltsbezogenen“ Pflicht. D. h. die sicherlich notwendige Auseinandersetzung mit politisch-fachwissenschaftlichen Inhaltsfeldern zur Sicherstellung inhaltlicher Kompetenzen könnte durch eine Auseinandersetzung mit Narrationen ergänzt werden. Juchler hat hier ganz offensichtlich die Schulung der Urteilskompetenzen der Educanden im Blick, wenn er festhält, dass Narrationen Mehrdeutigkeiten und Kontingenzen beinhalten, vermittels derer vermeintliche Gewissheiten und liebgewonnene Klischees erschüttert werden könnten (7). Angesichts einer solchen Einschätzung muss Juchlers eigene Einordnung seiner Überlegungen als „Kür“ sogar noch als zurückhaltend bezeichnet werden, denn schließlich werden zentrale Anliegen politischer Bildung erst in der Schulung der Urteilskraft erreicht.

Nach der kurzen systematischen Einführung finden sich in dem vorliegenden Band Auseinandersetzungen mit vier wirkmächtigen Narrationen von Sophokles, Thukydides, Kleist und Christoph Hein. Dabei liefert Juchler jeweils eine werkgeschichtliche Einführung in die Texte, in der neben einer thematischen Einführung auch eine historische Kontextualisierung vorgenommen wird. Zentrale Textstellen werden pointiert herausgestellt, sodass man den weiterführenden Überlegungen gut folgen kann. Die Einzeldarstellungen werden dann jeweils von ausgesuchten rezeptionsgeschichtlichen Einlassungen abgeschlossen. Den Text *Antigone* sieht Juchler als geeignetes Material für die Auseinandersetzung mit der Frage nach der Begründbarkeit von Autoritäten unter der Bedingung sich demokratisch konstituierender Gesellschaften. Am Beispiel der tragischen Figur der *Antigone* ergebe sich dabei sowohl die Möglichkeit der Auseinandersetzung mit dem Problem der Begründung einer demokratischen Herrschaftsform als auch mit den Folgen eines zu scharfen Beharrens auf politisch radikalisierten Haltungen. In der historischen Darstellung des Peloponnesischen Krieges von Thukydides spiegeln sich bis heute auf kanonische Weise das stets fragile Verhältnis von Macht und Recht in den internationalen Beziehungen und ließe sich entsprechend didaktisch gewinnbringend verwenden. Kleists Erzählungen handeln „von prekären Ordnungsverhältnissen“ (83), in denen insbesondere das Verhältnis von Macht, Gerechtigkeit und Recht ausgeleuchtet wird. Der Roman *In seiner frühen Kindheit ein Garten* von Christoph Hein eigne sich schließlich „zur Thematisierung der politischen Konzepte von Ordnung, Demokratie, Recht,

Rechtsstaatlichkeit, Massenmedien, staatlichem Gewaltmonopol und Gerechtigkeit“ (102).

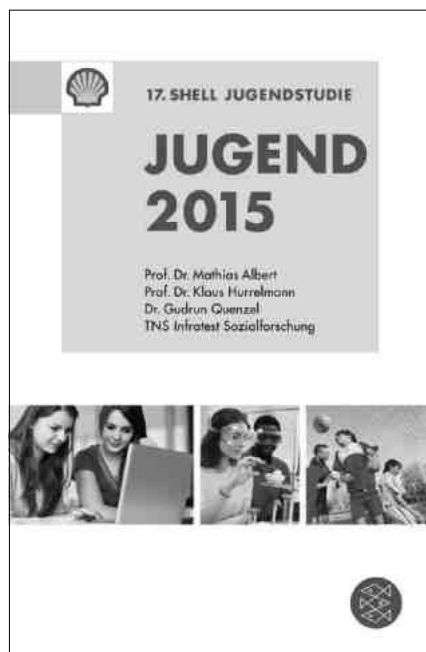
Die Lektüre des Bandes ist auch für diejenigen ein Gewinn, die vielleicht eine andere Auswahl beispielhafter Narrationen getroffen hätten, denn es wird durchaus überzeugend und explizit exemplarisch der sich ergebende Bildungswert verdeutlicht. Dass der Band keine Antworten auf die Frage liefert, wie die teilweise komplexen und umfangreichen Materialien in die Enge schulischer Curricula eingewoben werden können, stellt keinen unbedingten Nachteil dar: Erfahrene Kolleginnen und Kollegen können anhand der konkret an Textausschnitten entfalteten Überlegungen sinnvolle Verwendungsentscheidungen jenseits von Ganztexten treffen. Es scheint durchaus plausibel, dass über die Auseinandersetzung mit Narrationen das Politische in seiner Ambiguität ausdrücklicher wird und sich so die Möglichkeit zu einer politischen Bildung in einem „substantiellen Sinne“ (Sutor) eröffnet.

Werner Friedrichs

Diagnose: Trotz gestiegenem politischen Interesse weiter politikverdrossen

Shell Deutschland (Hrsg.) (Konzeption und Koordination: Mathias Albrecht, Klaus Hurrelmann, Gudrun Quenzel & TNS Infratest Sozialforschung): 17. Shell-Jugendstudie: Jugend 2015. Eine pragmatische Generation im Aufbruch. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch. 447 S., 19,99 Euro.

Eine neue Folge in der Klassikerserie ist erschienen: Seit 1953 veröffentlicht die Deutsche Shell alle 4-5 Jahre einen sozialwissenschaftlichen Bericht zur Lage der Jugend in Deutschland. Auch die im Oktober erschienene 17. Studie zu den Lebensverhältnissen, Vorstellungen und Erwartungen der jungen Generation ist wieder differenziert, zuverlässig, methodisch vorbildlich und kompetent in ihren Deutungen. Sie wird abermals eine völlig unverzichtbare Diagnose für alle Pädagogen, Politiker und besonders die politischen Pädagogen sein. Zwischen Januar und März 2015 wurde eine repräsentative Stichprobe von 2558 jungen Menschen zwischen 12 und 25 Jahren in einer empirisch-quantitativen Erhebung befragt und 21 Probanden wurden zusätzlich in offenen Intensivgesprächen



vertieft interviewt. Die Stärke der Studie liegt nicht nur in der Möglichkeit, über lange Zeitreihen Wandel und Generationsgestalten nachzuzeichnen; auch die Vielfalt der behandelten Themenbereich Familie, Bildung, Beruf, Politik, Freizeit, Werte, Medien usw. ist beeindruckend; schließlich bietet die Auswertungstiefe mit ihren Typisierungen, Geschlechtsvergleichen, Schichtdifferenzierungen sowie den Unterscheidungen nach Altersgruppen, Ost-West und Links-Rechts ein nahezu unerschöpfliches Datenmaterial. Nicht zufällig ist diese Jugendstudie Modell für ähnliche Studie zu anderen Generationen geworden: die World-Vision-Kinderstudie und die Generali-Altersstudie. Was fehlt ist eigentlich nur noch eine gleich große wie sorgfältige Untersuchung, die den Vergleich zwischen allen Generationen zu einem Zeitpunkt erlaubt. Die Hauptautoren Gudrun Quenzel, Mathias Albert und Klaus Hurrelmann konstatieren auf der Grundlage des Befundes über ein allgemein steigendes politisches Interesse einen Trend zur Repolitisierung der Jugend. Aber trotz der Zunahme von Vertrauen in die wichtigsten gesellschaftlichen Institutionen und der wachsenden Zufriedenheit mit der Demokratie bleibt die Verdrossenheit über Politiker und Parteien hoch sowie die politische Aktivitätsbereitschaft gering

(S. 182). Die Autoren sprechen von einer nach wie vor pragmatischen Generation, die sich aber im Aufbruch zu neuen Idealen und Prinzipien befände; ihr Pragmatismus sei aber nicht opportunistisch, sondern experimentierfreudig (S. 376).

Dieser tendenziell optimistischen Lesart lässt sich leider auch eine skeptisch stimmende Interpretation an die Seite stellen. Denn die Schere zwischen den Jugendlichen aus der Mittel- und Oberschicht und den nach wie vor 15% aus prekären Lebensverhältnissen, die in der Gefahr schweben „abgehängt“ zu werden, hat sich seit 2010 weiter geöffnet. Während bei den ersteren die Zukunftshoffnungen steigen, sinken sie bei den Heranwachsenden aus den unteren Schichten (S. 381). Während bei den Abkömmlingen aus der Oberschicht nur 22% der Arbeitsmarktpolitik Priorität einräumen, sind es bei der unteren Schicht 60%, die meinen, dass vorrangig die Arbeitslosigkeit bekämpft werden sollte (S. 170). Während sich 50% aus der oberen Schicht für politisch interessiert halten, sind es in der unteren Schicht nur 20% (S. 160). Die generelle Jugenddiagnose könnte also mit gleichem Recht eine „sich spaltende Generation auf schiefer Ebene“ herausstellen.

vO

Die nächsten Hefte

POLIS 1/2016 (1. April): Globales Lernen

POLIS 2/2016 (1. Juli): Rassismuskritische Bildung

POLIS 3/2016 (1. Oktober): Digitalisierung und politische Bildung

POLIS 4/2016 (22. Dezember): Gesellschaftsordnungen

Liebe Leserinnen und Leser,

haben Sie Wünsche und Vorschläge für zukünftige Heftthemen?

Wollen Sie selbst einen Beitrag schreiben? Reizt es Sie, auf einen bereits erschienenen Beitrag zu antworten? Oder: Möchten Sie einfach nur Ihre Kritik an einem veröffentlichten Artikel übermitteln? In jedem Fall: Schreiben Sie an die Redaktion:

36100 Petersberg, Igelstück 5a, tschirner@em.uni-frankfurt.de.

Impressum

POLIS

Report der Deutschen Vereinigung für
Politische Bildung

Herausgegeben von der Deutschen Vereinigung
für Politische Bildung durch den
Bundesvorsitzenden Prof. Dr. Dirk Lange
(www.dvpb.de)

19. Jahrgang 2015

Leitende Redakteurin

Dr. Martina Tschirner
Igelstück 5a
36100 Petersberg
Tel.: 0661 9621133

Verlag

Wochenschau Verlag
Dr. Kurt Debus GmbH
Adolf-Damaschke-Straße 10
65824 Schwalbach/Ts.
www.wochenschau-verlag.de

Redaktion

Dr. Martina Tschirner (V.i.S.d.P.)
Prof. Dr. Tim Engartner
Dr. Moritz Peter Haarmann
Prof. Dr. Klaus-Peter Hufer
Prof. Dr. Dirk Lange
Hans-Joachim von Olberg
Prof. Dr. Bernd Overwien
Prof. Dr. Armin Scherb

Verantwortlich für diese Ausgabe

Dr. Moritz Peter Haarmann / Prof. Dr. Dirk Lange

Verantwortlich für die DVPB aktuell

Dr. Moritz Peter Haarmann

Buchbesprechungen

Unverlangt eingesandte Rezensionsexemplare
können nicht zurückgesandt werden.

Abonnentenbetreuung

Tel.: 06196 860-65
Fax: 06196 860-60
bestellservice@wochenschau-verlag.de

Herstellung

Susanne Albrecht, Opladen

Layoutentwurf

Wochenschau Verlag

Druck

Görres-Druckerei und Verlag GmbH

Erscheinungsweise

4 Hefte jährlich.

Preise

Einzelheft: 7,40 € zzgl. Versandkosten.
Standardabonnement: 24,80 € zzgl. Versandkosten.
In den (Inlands-)Bezugspreisen sind 7% Mehrwertsteuer enthalten.

Anzeigenpreise

Preisliste Nr. 1 vom 1. Januar 2015

Anzeigenleitung

Brigitte Bell
Tel.: 06201 340279, Fax: 06201 182577
brigitte.bell@wochenschau-verlag.de

Bankverbindung

Postbank Frankfurt/M., Kto. 000 377 0608,
BLZ 500 100 60,
IBAN DE68 5001 0060 0003 7706 08,
BIC PBNKDEFFXXX

© Wochenschau Verlag

Alle Rechte vorbehalten. Ein Nachdruck darf nur
mit vorheriger Einwilligung des Verlages erfolgen.

Beilagen-/Beihefterhinweis

Der Abonnementausgabe liegen drei Werbemittel
des Wochenschau Verlages bei: Flyer WOCHEN-
SCHAU, POLITIKUM und GEMEINSAM LERNEN.

ISSN: 1433-3120, Bestell-Nr.: po4_15

Bildnachweise

Aufmacherfotos der Rubriken:

„Zeitung“: © Gina Sanders, fotolia.com;

„Fachbeiträge“: © raven, fotolia.com;

„Forum“: Franz Pfluegl, fotolia.com

„Didaktische Werkstatt“: © Robert Neumann, foto-
lia.com;

„Literatur“: © adistock, fotolia.com



**WOCHEN
SCHAU
VERLAG**

... ein Begriff für politische Bildung

Was ist gute politische Bildung?

Leitfaden für den sozialwissenschaftlichen Unterricht

Wie sieht guter Politikunterricht aus? Wer kann was wie verbessern? Der neue Band gibt ganz konkrete Antworten auf diese Kernfragen modernen politischen Unterrichts.

Anhand von Leitfragen nach dem Warum und Wozu, dem Wer, dem Was, dem Wie, dem Womit, Wohin und Wo zeigt die Autorengruppe auf, wie eine bessere politische Bildung möglich wird. Jedes Kapitel folgt einem einheitlichen und transparenten Schema: Was ist das Problem? Welches sind die relevanten Kontroversen? Was ist das didaktische Minimum? Es folgen je ein Beispiel und eine Zusammenfassung sowie Literaturtipps zum Weiterlesen.

Hier lesen Sie neue Antworten auf alte Fragen und manchmal auch alte Antworten auf neue Fragen – in jedem Fall jedoch, wie Sie Ihren Politikunterricht ganz konkret verbessern können!

ISBN 978-3-7344-0165-7, 232 S., € 22,80

Suskriftionspreis bis 20.02.2016: € 18,20



Die Autorengruppe Fachdidaktik



Wolfgang Sander,
Professor für
Didaktik der Ge-
sellschaftswissen-
schaften an der
Justus-Liebig-
Universität Gießen



Sibylle Reinhardt,
Professorin für
Didaktik der
Sozialkunde an der
Martin-Luther-
Universität Halle/
Wittenberg (bis
2006)



Andreas Petrik,
Professor für
Didaktik der
Sozialkunde an
der Martin-Luther-
Universität Halle-
Wittenberg



Dirk Lange,
Professor für
Didaktik der
Politischen
Bildung an der
Leibniz Univer-
sität Hannover



Peter Henkenborg,
Professor für
Didaktik der poli-
tischen Bildung
an der Philipps-
Universität Mar-
burg († 2015)



Reinhold Hedtke,
Professor für
Didaktik der Sozial-
wissenschaften und
Wirtschaftssoziolo-
gie an der Univer-
sität Bielefeld



Tilman Grammes,
Professor für
Erziehungswis-
senschaft an
der Universität
Hamburg



Anja Besand,
Professorin für
Didaktik der
politischen
Bildung an der
Technischen
Universität
Dresden

JETZT DEN AKTUELLEN NEWSLETTER BESTELLEN: WWW.WOCHENSCHAU-VERLAG.DE

Tel. 06196/860 65 · www.wochenschau-verlag.de · info@wochenschau-verlag.de ·  www.facebook.com/wochenschau.verlag



**WOCHEN
SCHAU
VERLAG**

... ein Begriff für politische Bildung



Dr. Ulrich Schnakenberg ist einer der führenden deutschen Experten für die politische Karikatur des 20. Jahrhunderts. Er hält regelmäßig Lehrveranstaltungen an den Universitäten Kassel und Duisburg-Essen.

Fritz Behrendt († 2008) arbeitete als politischer Zeichner über 50 Jahre lang für die renommiertesten Zeitungen Europas. In Deutschland sind seine Karikaturen vor allem in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung abgedruckt worden.

Dr. Manfred Görtemaker ist seit 1992 Professor für Neuere Geschichte an der Universität Potsdam.

Helmut Schmidt in Karikaturen

Eine visuelle Geschichte seiner Kanzlerschaft

2015 ist Helmut Schmidt im Alter von 96 Jahren gestorben. Seit 1982 war er nicht mehr Kanzler, aber sein Ansehen in der deutschen Öffentlichkeit stieg nach seinem Rückzug aus der aktiven Politik eher noch weiter. Millionen hörten zu, wenn Schmidt in wichtigen innen- oder außenpolitischen Debatten seine Stimme erhob.

Dem politisch interessierten Leser bietet dieses Buch einen Blick auf die wichtigsten Ereignisse und Entwicklungen der acht Jahre seiner Kanzlerschaft. Es erinnert an die Zeit, in der Helmut Schmidt selbst Regierungsverantwortung trug – so kurzweilig wie prägnant anhand von zeitgenössischen Karikaturen des deutsch-niederländischen Zeichners Fritz Behrendt, dem wohl bedeutendsten europäischen Karikaturisten der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts.

Politik- und Geschichtslehrer finden hier eine Fülle von Material für den Unterricht.

ISBN 978-3-7344-0221-0, 216 S., € 16,80

JETZT DEN AKTUELLEN NEWSLETTER BESTELLEN: WWW.WOCHENSCHAU-VERLAG.DE

Tel. 06196/860 65 · www.wochenschau-verlag.de · info@wochenschau-verlag.de ·



www.facebook.com/wochenschau.verlag